ZUHAUSE IM RHEIN-KREIS NEUSS.

KOMMUNALWAHLPROGRAMM 2025 FÜR DEN RHEIN-KREIS

ZUHAUSE IM RHEIN-KREIS NEUSS.

KOMMUNALWAHLPROGRAMM 2025 FÜR DEN RHEIN-KREIS

Inhaltsverzeichnis

Vorwort **4**
IN DIE ZUKUNFT WACHSEN IM RHEIN-KREIS NEUSS **7**
Strukturwandel, Wirtschaft, Arbeit 9
Klima und Energie 10
Umwelt, Naturschutz und Tagebaufolgen 14
Mobilität 16
Digitalisierung 18
Haushalt, Finanzen und Verwaltung 20
GEMEINSAM LEBEN IM RHEIN-KREIS NEUSS – DEMOKRATISCH UND IN SICHERHEIT **22**
Schule und Bildung 23
Zukunft braucht Herkunft – Kultur im Rhein-Kreis Neuss 24
Sport 26
Wohnen 28
Soziales 30
Gesundheits- und Pflegeversorgung 33
Rheinland-Klinikum 35
Katastrophenschutz und Rettungswesen 36
Innere Sicherheit 39

Vorwort

*Liebe Bürger*innen im Rhein-Kreis Neuss, liebe Wähler*innen,*

wir bedanken uns für Ihr Interesse an unserem Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2025 im Rhein-Kreis Neuss. Was Sie in Händen halten – oder auf Ihren Displays sehen – ist die Arbeit von ehrenamtlichen Parteimitgliedern, die sich neben Beruf oder Ruhestand, Familie, Kind und Kegel, Hobbies, Sport und Freizeit und den täglichen Herausforderungen des Lebens Gedanken über unser Zusammenleben und unsere Handlungsmöglichkeiten im Rhein-Kreis Neuss machen. Mitgedacht und mitgeschrieben haben an diesem Programm Ehrenamtliche, die bereits für unseren Kreistag als Abgeordnete oder sachkundige Bürger*innen in der Fraktion aktiv gewesen sind, aber auch Interessierte und Außenstehende, die unserer Partei und unseren Werten nahestehen.

Einer dieser Werte ist die Geschlechterparität. Es freut Sie, dass es an unseren Ständen, in unseren Stadträten und im Kreistag so viele aktive Frauen gibt? Uns auch! Seit unserer Parteigründung brechen wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die patriarchale Selbstverständlichkeit auf und schaffen eine Gleichstellung von Frauen und Männern und allen „dazwischen und außerhalb", wie Jan Böhmermann sein Publikum in seiner Fernsehsendung „ZDF Magazin Royale" begrüßt. Wir freuen uns, wenn wir auch Sie für unsere Ideen und Visionen für die Zukunft im Rhein-Kreis Neuss begeistern können. Sprechen Sie uns an den Wahlkampfständen, beim Verteilen unserer Flyer, in unseren Geschäftsstellen und auf Wahlkampfveranstaltungen in Dormagen, Grevenbroich, Jüchen, Kaarst, Korschenbroich, Meerbusch, Neuss und Rommerskirchen an. Wir sind für Sie da!

Demokratie braucht die echte Begegnung. Dazu gehört insbesondere die Begegnung zwischen Menschen, die nicht einer Meinung sind, die von unterschiedlichen Blickwinkeln aus und mit unterschiedlichen Erfahrungen auf diese Welt schauen. Von Jung bis Alt. Mit unterschiedlicher sozialer oder nationaler Herkunft. Menschen, die sich wieder zuhören und Zeit füreinander haben. Demokratie muss öffentliche Räume schaffen, in denen wir uns – fernab von Schule, Arbeit oder Ämtern – frei bewegen können, ohne dass wir sofort Geld dafür ausgeben müssen. Diese frei zugänglichen sogenannten „Dritten Orte" möchten wir GRÜNE im Rhein-Kreis Neuss aufspüren, fordern und fördern. Wir wollen Begegnungen ermöglichen, in denen nicht immer nur die lauteste Hetze die größte Aufmerksamkeit erhält, sondern in denen auch Zwischentöne oder vermeintliche Minderheiten Gehör finden. Wir setzen auf einen konstruktiven Austausch zwischen den Generationen, der alle Menschen mitnimmt und ihre Selbstwirksamkeit stärkt, um die steigende Einsamkeit in unserer alternden Gesellschaft und dem damit nachweislich

einhergehenden Vertrauensverlust in Politik, Rechtsstaat und Behörden mutig entgegen zu treten. Jugendhilfe, Kulturangebote und Ehrenamtsförderung unterstützen diesen Brückenschlag. Und nicht zuletzt auch ein kluges Mobilitätskonzept, das ein Gleichgewicht zwischen Straßen-, Schienen-, Radverkehr und Fußgänger*innen herstellt.

Im Jahr 2025 zählen wir achtzig Jahre seit der Befreiung von der nationalsozialistischen Terrorherrschaft in Deutschland. Die aktuellen rechtspopulistischen und rechtsradikalen Tendenzen sind längst zur akuten Bedrohung geworden. Wir GRÜNE stellen uns gegen jede Form von Menschenverachtung – gegen rassistische, antisemitische, antimuslimische, sexistische sowie sonstige Hassreden sowie gegen Diskriminierung von Menschen mit Behinderung. Dass sich das Ende des 2.Weltkriegs zum achtzigsten. Mal jährt, ist uns Mahnmal und Auftrag für eine bessere Bildungs- und Präventionspolitik zugleich. Nie wieder ist jetzt. Nie wieder – das gilt für alle Menschen. Alle haben ein Recht auf Sicherheit im Rhein-Kreis Neuss.

Wir GRÜNE im Rhein-Kreis Neuss sehen es als unsere Pflicht an, die Welt, in der wir leben, für unsere Kinder nicht nur zu erhalten, sondern eine zukunftsfähige Weiterentwicklung aktiv mitzugestalten. Wir wollen das erreichen, indem wir miteinander sprechen, nicht nur übereinander. Der Kreis steht vor einer der größten Herausforderungen seit seiner Neugründung vor 50 Jahren: einem Strukturwandel, maßgeblich bedingt durch das Ende der Kohleverstromung im Rheinischen Revier, bei einer gleichzeitig kritischen kommunalen Haushaltslage. Die Zukunft liegt klar in der erneuerbaren Energieerzeugung. Was die meisten Wirtschaftsbetriebe längst fordern, muss auch im Rhein-Kreis Neuss zur Selbstverständlichkeit werden. Je länger wir die Transformation von Wirtschaft, Industrie und Handel aufschieben, desto teurer werden nachfolgende Generationen dafür bezahlen. Dafür braucht es auch von Seiten des Landes und des Bundes eine finanzielle Entlastung der Kommunen – denn Kommunen, wie die im Rhein-Kreis Neuss, müssen über die Aufrechterhaltung des Status Quo hinaus in die Lage versetzt werden, in den Strukturwandel vor Ort zu investieren.

Wir alle möchten uns das Leben auch weiterhin leisten können. In Zeiten der Inflation sind wirtschaftliche und soziale Abstiegsängste groß. Für uns GRÜNE ist es daher eine logische Konsequenz, uns für bezahlbares Wohnen und einen effizienteren Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen einzusetzen. Darunter fallen in besonderem Maße auch der Arten- und Umweltschutz. Ob die Luft, die wir Atmen, das Wasser, das wir trinken, die Bäume, die Schatten spenden und CO2 filtern – unsere Gesundheit und der Erhalt unserer Lebensgrundlagen hängt von der Artenvielfalt in der Natur ab.

Auch der Klimawandel stellt uns vor immer größere Herausforderungen, die wir bis in das Private hinein mit steigenden Versicherungskosten, Überflutungen nach Starkregen, umstürzenden Bäumen bei Stürmen oder Atemnot bei großer Hitze und Trockenheit unmittelbar spüren. Besonders trockene Jahre werden abgelöst durch besonders niederschlagsstarke Jahre. Der Grundwasserpegel drückte vergangenes Jahr wieder Wasser in unsere Keller – auch hier im Rhein-Kreis Neuss.

Stecken wir jetzt den Kopf in den Sand? Ganz im Gegenteil! Wir GRÜNE setzen uns in der nächsten Legislaturperiode von 2025 bis 2030 umso stärker dafür ein, dass wir im Rhein-Kreis Neuss innovative, vorausschauende und widerstandsfähige Politik realisieren. Mit Ihrer Unterstützung!

Welche Wege wir mit Ihnen gemeinsam gehen möchten, lesen Sie in diesem Wahlprogramm.

GESCHÄFTSFÜHRENDER KREISVORSTAND VON BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN IM RHEIN-KREIS NEUSS:

Sarah Clemens
Co-Sprecherin

Detlef Harting
Kreiskassierer

Birgit Wollbold
Co-Sprecherin

IN DIE ZUKUNFT WACHSEN IM RHEIN-KREIS NEUSS

Nachhaltige Transformation gestalten

Der Rhein-Kreis Neuss ist ein ***wichtiger Wirtschaftsstandort in NRW***. Er ist durch die industrielle Produktion in den Bereichen Chemie, Metallverarbeitung, Energie, Papier und Pappe geprägt. Wie in ganz Deutschland dominiert auch im Rhein-Kreis Neuss der Dienstleistungsbereich mit rund 73 Prozent der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten die Wirtschaft.

In Grevenbroich und Jüchen grenzt der Rhein-Kreis Neuss an den ***Tagebau Garzweiler***, in dem einige hundert dort Arbeitende direkt beschäftigt und von dem andere Beschäftigungszweige indirekt abhängig sind. Mit dem für 2030 geplanten Ausstieg aus der Braunkohle steht das Ende des Tagebaus unmittelbar bevor. Die Arbeitsplätze werden nach und nach wegfallen.

Wirtschaftspolitisch setzen wir uns für die Bestandssicherung der bisherigen, durchaus zukunftsfähigen Arbeitsplätze in der Alu- und Chemie-Industrie sowie für die Neuansiedlung von nachhaltigen Arbeitsplätzen ein. Wir wollen den industriellen Kern im Rhein-Kreis Neuss erhalten. Um die damit einhergehenden wirtschaftlichen Transformationsprozesse abzufedern, stehen im Rheinischen Revier für den ***Strukturwandel*** rund fünfzehn Milliarden Euro an Fördermittel bei der Zukunftsagentur Rheinisches Revier (ZRR) zur Verfügung. Zudem ist zu erwarten, dass weitere Mittel aus dem Transformationsfonds des Bundes fließen.

Um den Strukturwandel nachhaltig zu gestalten, engagieren wir uns für das Prinzip der ***Kreislaufwirtschaft*** und setzen uns für ein ***Baustoff-Recyclingzentrum*** im Kreisgebiet ein. Außerdem möchten wir prüfen lassen, ob sich eine ***Biogasanlage*** bei der Kompostieranlage Korschenbroich lohnt. Auch wollen wir den Strukturwandel aus einer sozialen Perspektive politisch begleiten. Hier setzen wir uns für umfangreiche Bildungsangebote für Menschen in allen Lebenslagen ein, sodass die Menschen im Rhein-Kreis Neuss, die vom Strukturwandel betroffen sind, flexibel auf die sich verändernden Arbeitsbedingungen reagieren können.

Schritte zur Klimaneutralität

Wir setzen uns für den Ausbau der Erneuerbaren Energien im Rhein-Kreis Neuss ein. Unser Ziel ist es, dass der Rhein-Kreis Neuss seinen Bedarf an Strom zu dreißig Prozent selbst produziert. Dafür müssen ***Photovoltaik*** und ***Windkraft*** ausgebaut werden. Wichtig ist auch ein ***Konzept zur Speichertechnik*** und die Umsetzung der ***Wasserstoff-Roadmap***. Pläne zur

Errichtung eines Kernfusionsreaktors halten wir dagegen für unrealistisch.

Mehr Raum für Natur
Im Bereich Umweltschutz setzen wir uns für ein ***Biotopverbundkonzept*** ein, um für die Tier- und Pflanzenwelt zusammenhängende Grünbrücken im Kreisgebiet zu schaffen. Uns liegt das Thema Wasser besonders am Herzen. Um diese wertvolle Ressource besser schützen zu können, benötigen wir eine ***Wasserstrategie*** für den Rhein-Kreis Neuss.

Tagebaufolgen im Blick
Der Tagebau Garzweiler wird nach Beendigung des Braunkohleabbaus mit Rheinwasser geflutet. Dadurch wird es zu Verunreinigungen des Grundwassers kommen. Wir fordern, dass die Öffentlichkeit darüber besser informiert wird. Um die negativen Folgen für den Wasserhaushalt im Rheinischen Revier möglichst geringzuhalten, sollte eine ***umfangreiche Klärung*** des Rheinwassers sowie des aus dem gefluteten Tagebau abströmenden Wassers geprüft werden. Außerdem müssen die ***Oberflächengewässer*** weiterhin gestützt werden.

Nachhaltige Mobilität
Im Bereich der Mobilität setzen wir uns für eine deutliche Verlagerung des Personennahverkehrs auf Bus, Bahn und Fahrrad ein. Im Rhein-Kreis Neuss gibt es mit dem Ausbau der S6 in Grevenbroich/Jüchen, der Regio-Bahn in Kaarst und der Rheinischen Revierbahn gleich ***drei Großprojekte im Bereich des Schienenpersonennahverkehrs***. Um den ländlichen Raum besser an den ÖPNV anbinden zu können, sollen ***Schnellbuslinien*** die wichtigsten S-Bahnhöfe miteinander verbinden. Im Bereich des Radverkehrs setzen wir auf ein ***hierarchisches Radverkehrsnetz*** mit Radschnellverbindungen, Radvorrangrouten und kommunalen Radwegen.

Für unsere Straßen gilt: Sanierung vor Neubau. Vordringlich müssen die Rheinbrücken erneuert werden. Neubauprojekte wie die Anschlussstelle Delrath und die L 361n durch die Erftaue lehnen wir ab.

Was den ***Güterverkehr*** betrifft, setzen wir uns für den Anschluss des Neusser Hafens an den Überseehafen Antwerpen über die Trasse der ***Rheinischen Revierbahn*** ein. Wir befürworten den ***Erftsprung***, um den Neusser Hafen über eine Brücke an den Neusser Güterbahnhof anzubinden.

Digitalisierung vorantreiben
Für eine bürgernahe Verwaltung setzen wir auf mehr ***digitale Antragsformulare***. Außerdem sollte der Rhein-Kreis Neuss die Verwaltungsabläufe stärker digitalisieren.

Einsatz von Finanzen für wichtige Projekte
Bei der nachhaltigen Wirtschaftspolitik gehen wir im Gleichschritt mit unseren Kommunen, die wir finanziell entlasten und bei ihren Anstrengungen für die kommunalen Wirtschaftsstandorte unterstützen. Stabile und planbare Haushalte sind die Grundlage für langfristiges, nachhaltiges kommunales Handeln.
Für den Klimaschutz, die Verkehrswende und den anstehenden Strukturwandel sind Investitionen erforderlich. Wir Grünen setzen uns für die Aufstellung einer neuen mittelfristigen Finanzplanung des Kreises ein, die erforderliche Investitionen mit einer moderaten Belastung der Kreiskommunen in Einklang bringt.

Strukturwandel, Wirtschaft, Arbeit

Transformation nachhaltig gestalten
Der für 2030 geplante Ausstieg aus der Braunkohle setzt alle Akteur*innen unter Zugzwang. Der Rhein-Kreis Neuss grenzt unmittelbar an den Tagebau Garzweiler, der nach Ende des Tagebaus über die Rheinwassertransportleitung befüllt werden soll. Mit dem Ende wird auch die Braunkohleverstromung gestoppt, womit die hiesigen Unternehmen bisher mit Strom versorgt wurden. Um die wirtschaftlichen Transformationsprozesse abzufedern, stehen rund fünfzehn Milliarden Euro an Fördermittel zur Verfügung, die über die Zukunftsagentur Rheinisches Revier (ZRR) beantragt werden können. Wir GRÜNEN setzen uns für einen nachhaltigen Transformationsprozess im Rheinischen Revier ein. Denn Wirtschaft und Umwelt stehen nicht im Widerspruch zueinander. Unser Ziel ist es, den Wirtschaftswandel nachhaltig zu gestalten und mit grünen Ideen schwarze Zahlen zu schreiben.

Wirtschaftspolitisch setzen wir uns für die Bestandssicherung zukunftsfähiger Arbeitsplätze, beispielsweise in der Alu- und Chemie-Industrie, und die Neuansiedlung nachhaltiger Arbeitsplätze ein. Uns ist der ***Erhalt eines industriellen Kerns*** im Rhein-Kreis Neuss wichtig. Daneben engagieren wir uns für das Prinzip der ***Kreislaufwirtschaft***. Nach dem Prinzip „Cradle to Cradle", was so viel wie von der Wiege zur Wiege bedeutet, sollen wertvolle Rohstoffe recycelt und im Anschluss wiederverwendet werden. Auf dem Gebiet wird aktuell intensiv geforscht. In der Recycling-Branche entstehen so auf unterschiedlichen Ebenen zahlreiche Arbeitsplätze.

Im Bereich Mobilität engagieren wir uns für die ***Verlagerung des Gütertransports auf die Schiene***. In dem Zusammenhang setzen wir uns für den Ausbau der Bahntrasse der Rheinischen Revierbahn als Alternative für den Güterverkehr ein. Eine umfassende Strategie zur Nutzung und Förderung von Wasserstofftechnologien muss einen qualifizierten Beitrag zur nachhaltigen Energieversorgung und zur wirtschaftlichen Transformation des Rhein-Kreises leisten.

Wir GRÜNE wollen:

- **den Einstieg in die Kreislaufwirtschaft durch**
  - eine Machbarkeitsstudie zum Thema Baustoffrecycling.
- **die Umwandlung alter Kohlekraftwerksstandorte durch**
  - den Umbau des ehemaligen Kohlekraftwerks Frimmersdorf. Wir unterstützen die Zukunfts.Kraftwerk Frimmersdorf Strategie GmbH.
- **die Verlagerung von Gütern auf die Schiene durch**
  - den Anschluss des Neusser Hafens an den Überseehafen Antwerpen. Wir engagieren uns für den güterverkehrstauglichen Ausbau der geplanten Rheinischen Revierbahn (S-Bahn Neuss – Grevenbroich – Bedburg - Aachen).
  - den Erftsprung, der den Güterverkehr aus dem Neusser Hafen an den Neusser Hauptbahnhof anbindet.
  - ein Nutzungskonzept der Werksgleise von RWE für künftige Güterverkehre.
- **die Förderung und Nutzung von Wasserstofftechnologien durch**
  - den Ausbau im Rhein-Kreis Neuss mit Anbindung an das Wasserstoff-Kernnetz Deutschlands.

Klima und Energie

Klima schützen

In den kommenden Jahren werden wir das ***Klimaschutzkonzept des Kreises*** konsequent mit Leben füllen und ***Klimaneutralität*** im Rhein-Kreis Neuss einfordern.

Ausbau der erneuerbaren Energien

Die Braunkohleverstromung, durch die die hiesigen Unternehmen mit Strom versorgt wurden, hat ihren Zenit überschritten. Mit einem Anteil in 2024 von nur noch sechzehn Prozent an der Gesamterzeugung wird sie in Deutschland kontinuierlich durch ***erneuerbare Energien und den europäischen Stromhandel*** ersetzt. Demgegenüber steht der Hochlauf der Erneuerbaren in 2024 auf knapp 63 Prozent, was einen Erfolg grüner Energiepolitik darstellt. Wir GRÜNE setzen uns für einen ***nachhaltigen Transformationsprozess*** ein, der

Wirtschaft und Umwelt als Einheit sieht. Unser Ziel ist es, den Wirtschaftswandel zu gestalten und mit grünen Ideen schwarze Zahlen zu schreiben. Dabei steht für uns der ***Ausbau der Erneuerbaren Energien*** an erster Stelle. Hieran gilt es im Rhein-Kreis Neuss anzuknüpfen und den Ausbau der Windenergie zu unterstützen, anstatt von Kernfusion zu träumen.

Wir setzen uns vor Ort dafür ein, dass der gesamtwirtschaftliche Energiebedarf im Kreisgebiet zu mindestens ***dreißig Prozent durch vor Ort erzeugte Erneuerbare Energien*** gedeckt wird. Für die Erreichung dieser Ziele sollte auch ***mit den kreisangehörigen Städten*** und Gemeinden sowie mit den ***Energiegenossenschaften*** im Kreisgebiet kooperiert werden. Wir wollen weiterhin ***private Photovoltaik-Anlagen*** fördern. Außerdem ist es für uns wichtig, dass im Rhein-Kreis Neuss gewonnene überschüssige Energie gespeichert werden kann. Dafür brauchen wie ein ***Konzept zur Entwicklung und Umsetzung von Speicher-Technik***.

Wir setzen uns für eine Strategie zum Einsatz von ***Wasserstofftechnologien*** im Kreisgebiet ein. Deren Nutzung muss einen qualifizierten Beitrag zur nachhaltigen Energieversorgung und zur wirtschaftlichen Transformation des Rhein-Kreises leisten.

Um alle Ressourcen in den Ausbau der Erneuerbaren Energien zu stecken, lehnen wir als GRÜNE das Festhalten am teuren Traum eines ***Versuchsreaktors für die Fusionstechnik im Kreisgebiet*** ab. Daraus in einigen Jahrzehnten zu erwartende Erkenntnisse helfen uns heute nicht weiter.

Kreiseigene Gebäude mit Eigenstromanteil von dreißig Prozent

Wir wollen auch den Anteil der Erneuerbaren Energien an der Versorgung der kreiseigenen Gebäude und Einrichtungen erhöhen. Dies soll vor allem durch ***Photovoltaik*** auf eigenen Liegenschaften, ***Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen*** oder durch ***Windkraftanlagen*** geschehen. Wie setzen uns dafür ein, dass kreiseigene Grundstücke für entsprechende Anlagen zur Verfügung gestellt werden. Gesellschaftsrechtlich sollte in diesem Sinne die Aufgabenwahrnehmung über die ***Kreiswerke*** geprüft werden. Die Eigenproduktion von Strom möchten wir in den nächsten fünf Jahren auf mindestens dreißig Prozent erhöhen.

Flächenoptimierung statt Neubau

Für uns Grüne hat die Sanierung und die flächenschonende Nutzung von Kreisgebäuden weiterhin hohe Priorität. Statt immer neue Gebäude zu bauen, sollten vorhandene Flächen effizienter genutzt werden. Die moderne Arbeitswelt ermöglicht mit mobilem Arbeiten ein vermehrtes Teilen von Büros. Als Grüne haben wir in der abgelaufenen

Wahlperiode deswegen eine ***Machbarkeitsstudie*** auf den Weg gebracht, auf deren Grundlage wir weiter an der Idee der ***Flächenoptimierung*** arbeiten, um so mehr Energie und Flächen im Gebäudebereich zu sparen.

Im Falle von Sanierungen und notwendigen Neubaumaßnahmen von Kreisgebäuden treten wir GRÜNEN dafür ein, diese nach den anerkannten Grundsätzen des ***Nachhaltigen Bauens*** durchzuführen. Ab einer Investitionssumme von mehr als fünf Millionen Euro sollte das Projekt gemäß der ***BNB-Zertifizierung, ein Bewertungssystem für Nachhaltiges Bauen***, realisiert werden. Diese Vorgehensweise rechnet sich durch eingesparte Energiekosten und CO2-Abgaben binnen weniger Jahre, schont Ressourcen und erhält den Marktwert der Gebäude.

Wärmeplanung

Besonderes Augenmerk legen wir weiterhin auf eine ***klimabewusste Wärmenutzung***. Gerade bei ***älteren Bestandsgebäuden*** ist es technisch und wirtschaftlich nicht immer machbar, die Heizungsanlagen kurzfristig auszutauschen. Darum setzen wir uns für ***Brückentechnologien*** wie die Mikrokerndämmung oder den Einsatz kostengünstiger und ökologisch unbedenklicher Tenside ein. Dadurch können die ***Effizienz von wassergestützten Heizkreisläufen***, die ***Heizkosten*** und der ***CO2-Ausstoß von Gebäuden*** schnell gesenkt werden. Wir haben dazu in der vorherigen Wahlperiode Haushaltsmittel für entsprechende Pilotprojekte durchgesetzt.

Klimafolgenanpassung

Dem fortschreitenden Klimawandel mit seinen Extremwetterereignissen müssen wir im Rhein-Kreis Neuss durch Maßnahmen zur ***Klimafolgenanpassung*** Rechnung tragen. Dafür sollen die Gebäude des Kreises entsprechend gesichert werden. Im Rahmen eines ***kreisweiten Konzeptes*** setzen wir uns beispielsweise für Regen-Rückhaltebecken ein, die Wasser aufnehmen und in Dürrezeiten als Reservoir dienen. ***Dach- und Fassadenbegrünungen*** sollen zudem zur Speicherung von Wasser beitragen und ein angenehmes Mikroklima schaffen.

Waldmehrung

Eine besondere Bedeutung hat die ***Waldmehrung*** sowie die Verwendung von ***ungenutzten Flächen für verstärkte Anpflanzungen***. Wir Grünen werden uns insbesondere auch dafür einsetzen, schnellwüchsige Baumarten wie etwa den Blauglockenbaum dort anzupflanzen, wo Flächen für einen begrenzten Zeitraum zur Verfügung stehen. Mit einem Hektar dieser Baumart lassen sich durchschnittlich dreißig Tonnen CO2 einsparen.

Wir GRÜNE wollen:

- **mehr Erneuerbare Energien im Rhein-Kreis Neuss durch**
  - den umweltverträglichen Bau der „Windader West", so dass Windenergie aus der Nordsee ins Rheinische Revier gebracht werden kann.
  - weitere Ausweisung von Flächen für Windkraftanlagen im Rhein-Kreis Neuss.
  - weitere Flächen für die Produktion von Solarenergie.
  - einen Ausbau von Speichermöglichkeiten.
  - Kooperationen mit kreisangehörigen Städten und Gemeinden bei der Stromerzeugung.
  - Kooperationen mit den Energiegenossenschaften im Kreis.
  - Förderung von privaten Photovoltaik-Anlagen und Balkonkraftwerken.
- **die Förderung und Nutzung von Wasserstofftechnologien durch**
  - eine Umsetzung der Wasserstoff-Roadmap für den Rhein-Kreis Neuss.
  - die Anbindung an das Wasserstoff-Kernnetz Deutschland.
- **keine Kernfusion im Rhein-Kreis Neuss.**
- **mehr Erneuerbare Energien in Kreisgebäuden durch**
  - die Nutzung von Dachflächen auf kreiseigenen Gebäuden für Photovoltaikanlagen.
  - Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen.
  - Windkraftanlagen auf kreiseigenen Grundstücken.
  - die Überprüfung, ob die Kreiswerke solche Aufgaben wahrnehmen können.
- **eine Flächenoptimierung durch**
  - die Umsetzung der Machbarkeitsstudie zur Flächenoptimierung von kreiseigenen Gebäuden.
- **zertifizierte Sanierungs- und Neubaumaßnahmen durch**
  - die Anwendung des BNB-Standards für Projekte ab fünf Millionen Euro.
- **eine klimabewusste Wärmenutzung durch**
  - den Einsatz von kostengünstigen und ökologisch unbedenklichen Brückentechnologien.
- **Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung durch**
  - ein kreisweites Konzept zur Klimafolgenanpassung.
  - die Sicherung der Kreisgebäude vor Extremwetterereignissen.
  - ein Programm zur Dach- und Fassadenbegrünung.
- **mehr Wald durch**
  - temporäre Inanspruchnahme ungenutzter Flächen für schnellwüchsige Baumarten.

Umwelt, Naturschutz und Tagebaufolgen

Artenvielfalt und Naturräume erhalten

Nach Jahrzehnten der Kohleverstromung muss der Natur wieder mehr Raum gegeben werden. Deswegen setzen wir GRÜNEN uns seit langem für die ***Waldmehrung*** im Kreisgebiet ein. Wälder sind nicht nur Heimat vieler Arten und deshalb auch unverzichtbare Naturräume zum Erhalt der Artenvielfalt, sondern wichtiger Wasserspeicher und Sauerstoffproduzent. Hier lebende Menschen finden zudem Orte für die haustürnahe Erholung und Naturerfahrung. Im Sinne der Artenvielfalt und insbesondere des Insektenschutzes reicht es nicht länger aus, hier und da am Straßenrand einen Blühstreifen zu schaffen. Darum setzen wir uns weiterhin für einen ***kreisweiten Biotopverbund*** und ***zusammenhängende Grünbrücken*** ein. Ein zu entwickelndes ***Biotopverbundkonzept*** soll dazu beitragen, die Natur im Rheinischen Revier zu schützen und den Strukturwandel nachhaltig zu gestalten. Wir engagieren uns deshalb dafür, dass Biodiversität und der Schutz bedrohter Tier- und Pflanzenarten beim bevorstehenden Strukturwandel deutlich mehr Berücksichtigung finden.

Ernährung

Noch immer werden auch im Rhein-Kreis Neuss zu viele Lebensmittel verschwendet und weggeschmissen. Nicht wenige Agrarprodukte landen gar nicht erst in den Verkaufsregalen oder auf unseren Tellern. Angefangen vom Dünger bis zum Wasser werden so Ressourcen verschwendet. Gemeinsam mit dem Kreis-Ernährungsrat, den Tafeln im Kreisgebiet und Initiativen wie Transition Town, Neuss Agenda und Lebensmittelfair-teilen e.V. setzen wir uns für einen ***wertschätzenden Umgang mit Lebensmitteln*** ein. Wir unterstützen Nachernte-Aktionen auf Feldern, die Landwirt*innen dafür freigeben, und die Weitergabe von Lebensmitteln, die nicht verkauft wurden.

Wasser schützen

Unser besonderes Augenmerk gilt unserer wichtigsten Ressource: Wasser. Hier gilt es, die natürlichen Quellen, stehende und fließende Gewässer sowie das Grundwasser besser vor landwirtschaftlichen und industriellen Einträgen, vor Medikamentenrückständen und Mikroplastik zu schützen. Dafür ist stetige Aufklärungsarbeit ebenso wie ordnungsbehördliches Handeln gefragt. Wir GRÜNEN fordern deshalb, dass die Kreisumweltbehörde im engen Austausch mit weiteren zuständigen Behörden die ***Gülleausbringung*** und die ***Gülleimporte*** kontrolliert.

Zunehmende Dürrephasen mahnen auch zum sparsamen Umgang mit Leitungswasser, denn es ist auch Trinkwasser. ***Wassersparende Maßnahmen in Gebäuden*** zahlen sich schnell aus, denn Abwasser kostet das Zwei- bis Dreifache des Trinkwassers.

Gewässer sind nicht nur als Trinkwasserspeicher wichtig. Sie sind Heimat zahlreicher Tiere und Pflanzen und Naherholungsoasen für uns alle. Beispielhaft seien hier nur die Erft und der Gillbach zu erwähnen. Um der weitreichenden Bedeutung des Wassers im Rhein-Kreis Neuss gerecht zu werden, setzen wir uns in den kommenden Jahren für eine ***Wasserstrategie*** ein.

Folgen des Tagebaus für den Wasserhaushalt im Rheinischen Revier
Der Rhein-Kreis Neuss grenzt im Süden an den Braunkohletagebau Garzweiler. Um die Tagebaugebiete Garzweiler, Hambach und Inden zu entwässern, müssen die umliegenden Grundwasserleiter entleert werden. Der so entstandene Absenkungstrichter umfasst in den oberen Grundwasserstockwerken eine Fläche von 1600 Quadratkilometern, in den unteren Stockwerken sind ungefähr zehn Prozent der Fläche von NRW betroffen. Die natürlichen Quellen der Oberflächengewässer und Feuchtgebiete im Rheinischen Revier sind versiegt. Damit sie nicht trockenfallen, müssen die Gewässer mit dem gesümpften Wasser künstlich gestützt werden.

Mit dem Ende der Braunkohleförderung sollen die Tagebaugebiete Garzweiler und Hambach mit Rheinwasser geflutet werden. Dafür muss in den kommenden Jahren eine ***Rheinwassertransportleitung*** von Dormagen zu den Tagebaugebieten entstehen. Auch wenn die Baumaßnahmen einen Eingriff in die Landschaft darstellen, ist die ***Flutung der Tagebaugebiete notwendig***, um den ***Wasserhaushalt im Rheinischen Revier zu stabilisieren***. Die Grundwasserleiter müssen wieder befüllt und die Oberflächengewässer und Feuchtgebiete weiterhin mit Wasser versorgt werden.

Was die ***Grundwasserqualität*** betrifft, gibt es zwei negative Einflussfaktoren. Einerseits kann das Rheinwasser mit Schadstoffen versetzt sein und so mit der Flutung in die Grundwasserleiter eindringen. In dem Zusammengang sind vor allem Medikamentenrückstände und PFAS, das sind per- und polyfluorierte Alkylverbindungen oder sogenannte „Ewigkeitschemikalien", relevant. Andererseits wird durch die Flutung die Abraumkippe mit Wasser durchspült, wodurch ***Sulfate*** und ***Schwermetalle*** in das Grundwasser gelangen.

Wir fordern eine Garantie für die weitere Stützung von Oberflächengewässer, denn es ist aktuell nicht geklärt, welche Gewässer weiterhin gestützt werden. Außer für die Niers, die Erft und die Inde gibt es keine Zusagen für weitere ***Stützungsmaßnahmen***.

Wir GRÜNE wollen:

- **mehr Naturräume im Rhein-Kreis Neuss durch**
  - die Waldmehrung im Kreisgebiet.
  - ein Biotopverbundkonzept.
- **einen wertschätzenden Umgang mit Lebensmitteln durch**
  - die Unterstützung von Nachernte-Aktionen.
  - eine Weitergabe von unverkauften Lebensmitteln.
- **mehr Wasserschutz durch**
  - intensivere Kontrollen des Gülleeinsatzes durch die Kreisumweltbehörde.
  - wassersparende Maßnahmen in Kreisgebäuden.
  - eine kreiseigene Wasserstrategie.
- **die Tagebaufolgen kontrollieren durch**
  - regelmäßige öffentliche Information über aktuelle Belastungen des Grundwassers.
  - die Aufbereitung des Rheinwassers zur Entfernung organischer Spurenstoffe wie Arzneimittelwirkstoffe, PFAS, Industriechemikalien und vielen andere Substanzen.
  - eine Machbarkeitsstudie zur Aufbereitung des sulfathaltigen Wassers rund um den Tagebau Garzweiler.
  - eine Garantie für die weitere Stützung der Oberflächengewässer.
  - die Ausweisung neuer Wasserschutzzonen.

Mobilität

Mobilitätswende gestalten

Mobilität ist ein wichtiger Bestandteil unseres Lebens, dennoch ist der Verkehr mit über zwanzig Prozent auch einer der größten Verursacher von Treibhausgasen in Deutschland. In den vergangenen dreißig Jahren hat sich die Verkehrsfläche bundesweit um rund zehn Prozent ausgedehnt und zu einer weiteren Versiegelung des Bodens geführt. Wir wollen die ***Mobilitätswende*** gestalten und den Personenverkehr stärker auf den ***Umweltverbund***, auf die Schiene, den Bus, das Rad und den Fußverkehr verlagern. Uns geht es darum, in diesem Bereich ein breites attraktives Angebot als Alternative zum Auto zu schaffen. Dabei nehmen wir gerade auch die ***ländlichen Gebiete*** in den Blick, die bisher vom ÖPNV nicht gut erschlossen sind.

Was den Straßenbau betrifft, setzen wir uns für das Prinzip „***Sanierung vor Neubau***“ ein. Prioritär müssen die Rheinbrücken mit Bundesmitteln saniert werden, damit der Personen- und Warenverkehr wieder abfließen kann. Im Bereich des Güterverkehrs setzen wir uns für die stärkere ***Verlagerung des Warentransports auf die Schiene*** ein.

Wir GRÜNE wollen:

- **Ausbau des Schienenpersonenverkehrs durch**
  - eine Verbesserung der Taktung.
  - die Elektrifizierung und den Ausbau der Regio-Bahn (S28).
  - einen Aus- und Weiterbau der Rheinischen Revierbahn als S-Bahnlinie zwischen Neuss und Aachen.
  - die Verknüpfung der Nahverkehrslinien durch die Anbindung an den überregionalen Bahnverkehr (z.B. ICE Neuss – Dormagen).
  - die Neuanlage von Haltestellen (z.B. Klever Straße in Neuss).
  - eine Verlängerung der S6 von Köln nach Grevenbroich bzw. nach Jüchen und Mönchengladbach-Rheydt.
  - Barrierefreiheit vor allem an den Bahnhöfen Jüchen und Jüchen-Hochneukirch.
  - eine bessere Erreichbarkeit der Bahngleise mit dem Rad durch Aufzüge oder Fahrradschienen, sowie sichere Fahrradabstellanlagen an allen Bahnhöfen.
- **einen Ausbau von Schnellbuslinien im Rhein-Kreis Neuss durch**
  - die Realisierung von Linien wie beispielsweise der Linie Korschenbroich – Dormagen.
- **einen Ausbau der Radinfrastruktur durch**
  - die Erstellung eines kreisweiten Radverkehrskonzepts.
  - eine Umsetzung der Radvorrangrouten aus dem Rheinischen Radverkehrsrevier.
  - den Bau der Radschnellverbindung Mönchengladbach – Korschenbroich – Büttgen – Neuss.
  - den Bau einer Fahrradbrücke über den Erftarm im Hafen zur besseren Verbindung der Strecke Düsseldorf-Nord – Neuss.
  - eine im gesamten Kreisgebiet einheitliche Markierung der Radwege durch Rotmarkierung, Querungen, Kreisverkehre zur Erhöhung der Sicherheit der Radfahrenden. Hierzu muss der Kreis die Koordinierung mit den kreisangehörigen Kommunen und Straßen in NRW übernehmen und ein gemeinsames einheitliches Konzept erarbeiten und umsetzen.
- **die Verhinderung von Straßenbaugroßprojekten durch**
  - einen Stopp der Planungen zur Autobahnanschlussstelle Delrath (A 57).
  - einen Stopp der Planungen zum Ausbau der L 361n (Grevenbroich) durch die Erftaue.

    - einen Stopp der Unterstützung und Planung der K9n, der Verlängerung der K9 in Meerbusch.
- **eine Verlagerung von Gütern auf die Schiene durch**
    - doppeltrassigen, elektrifizierten und traglastfähigen Ausbau der Rheinischen Revierbahn zur Realisierung der Güterverkehrsstrecke Neuss – Aachen – Antwerpen.
    - den Erhalt und Stärkung trimodaler Anschlüsse wie den Neusser Hafen und den Hafen Stürzelberg.
    - die Realisierung des Erftsprungs zur besseren Anbindung des Neusser Hafens an den Güterverkehr.
    - ein Nutzungskonzept für die RWE-Werksbahn.
- **die schnelle Sanierung der Rheinbrücken (Kardinal-Frings-Brücke und der Fleher Brücke) durch Bundesmittel.**
- **Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit entlang von Kreisstraßen durch**
    - die konsequente Anwendung neuer gesetzlicher Regelungen zur Einführung und Ausweitung von Tempo-30-Zonen innerörtlich, unter anderem zur Lärmreduzierung.
    - die Verbesserung des Verkehrsflusses durch Verstetigung der Geschwindigkeiten außerhalb dieser Zonen auf fünfzig Stundenkilometer bzw. siebzig Stundenkilometer.
    - eine zügige Reparatur oder Sanierung von Radwegen entlang der Kreisstraßen.

Digitalisierung

Digitaler Rhein-Kreis Neuss

Deutschland liegt bei der Digitalisierung im internationalen Vergleich zurück. Im renommierten Ranking des International Institute for Management Development (IMD) belegte Deutschland 2023 nur Platz 23. Vor allem im Bereich E-Government – also im Bereich der Digitalen Verwaltung – müssen wir attraktiver werden. Wir GRÜNEN engagieren uns für einen „Digitalen Rhein-Kreis Neuss". Einerseits sollen die ***Dienstleistungen der Verwaltung stärker digitalisiert werden***, so dass die Bürger*innen eine Vielzahl von Anträgen schnell und einfach etwa von zu Hause aus erledigen können. Das spart Zeit und Wege zu den verschiedenen Ämtern. Andererseits sollte der Rhein-Kreis Neuss seinen Mitarbeiter*innen mehr Möglichkeiten zum ***Homeoffice*** anbieten. Dadurch fallen Anfahrten zum Arbeitsplatz weg und die Mitarbeiter*innen sparen Zeit und andere Ressourcen. Auch können auf diese Weise Büroflächen und Nebenkosten verringert werden. Mit einer Ausweitung der Homeoffice-Regelung kann sich der Rhein-Kreis Neuss zudem als attraktiver Arbeitgeber in der Region profilieren. Mit dem Ausbau der Digitalisierung

muss jedoch auch die ***Cyber-Sicherheit*** stärker in den Blick genommen werden. Die Hacker-Angriffe, bei denen in den vergangenen Jahren ganze Verwaltungen lahmgelegt wurden, haben gezeigt, wie verwundbar unsere digitale Welt ist.

Wir GRÜNE wollen:

- **die weitere Förderung des Breitbandausbaus durch**
  - Anschluss aller Anwohner*innen ans Netz.
- **eine digitale Verwaltung durch**
  - die beschleunigte Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes OZG 2.0 , das darauf abzielt, Verwaltungsleistungen zu digitalisieren.
  - Bürger*innen freundliche Onlineportale und Online-Services etwa mit Antragsassistenten, die nach DIN SPEC 66336 entwickelt wurden.
  - die konsequente Implementierung des E-Aktensystems, darunter die Umstellung von Papier- auf digitale Aktenführung.
  - den verpflichtenden Abruf von EfA-Diensten, eine zentrale Entwicklung von digitalen Dienstleistungen, die gemeinsam bundesweit genutzt werden können, sowie weniger Einzellösungen, um die Digitalisierung zu beschleunigen.
  - der weitere Aufbau des „Digitalen Zwillings", so dass Geodaten des Rhein-Kreis Neuss erhoben und Planungsprozesse zukünftig vereinfacht werden.
  - digitale Info-Ständer mit Display und Touchscreen, um die Indoor-Navigation in der Kreisverwaltung zu fördern.
- **den Rhein-Kreis Neuss als attraktiven Arbeitgeber durch**
  - das Ermöglichen von mehr mobilen und flexiblen Arbeitsplätzen etwa mit Homeoffice/Remote-Arbeitsplätze/Desksharing.
  - eine Ausweitung von digitalen Weiterbildungsmöglichkeiten mit Hilfe von Learning-Management-Systemen (LMS), damit sich Mitarbeiter*innen auch von zu Hause beruflich weiterentwickeln können.
- **eine Verschlankung von Verwaltungsstrukturen durch**
  - die Überprüfung, ob die Kreisverwaltung im Zuge der Flexibilisierung von Arbeitsplätzen noch die gleiche Zahl an Bürofläche vorhalten muss.
  - den Abbau von Bürodruckern und die Förderung von zentralen Druckern sowie der Hausdruckerei als Inhouse-Printshop-Druckzentrum, um Druckkosten zu reduzieren.
- **Schutz vor Hacker-Angriffen durch**
  - das Weiterverfolgen von Maßnahmen zur Cyber-Sicherheit.

Haushalt, Finanzen und Verwaltung

Investitionen in den Klimaschutz und Strukturwandel
Zur Finanzierung des in der vergangenen Wahlperiode vom Kreistag beschlossenen ***Klimaschutzkonzepts*** wollen wir weiterhin ***jährlich 1,4 Millionen Euro (davon 1,2 Millionen Euro investiv) für den Klimaschutz*** über den Kreishaushalt bereitstellen. Davon sollen fortgesetzt Photovoltaik-Anlagen auf Liegenschaften des Kreises installiert werden und finanzielle Mittel zur Umsetzung nachhaltiger Technologien zur Verfügung stehen. Darin enthalten ist die Umrüstung bereits bestehender Anlagen auf den neuesten Stand der Technik.

Im Rahmen des ***Strukturwandels*** sollen dafür aus dem Kreishaushalt die bereits eingestellten ***1,2 Millionen Euro*** zuzüglich der ***Übertragungsermächtigungen*** verwendet werden. Mit diesen Mitteln können wichtige Projekte im Strukturwandel der Region finanziert werden. Auch Bund und Land sind in der Verantwortung, den Kreis und die Kommunen bei ihren Aktivitäten für den Struktur- und Klimawandel zu unterstützen und finanziell angemessen auszustatten.

Kreisumlage
Wir GRÜNE treten weiterhin dafür ein, dass der Kreis die Kommunen mit einer ***moderaten Kreisumlage*** zur Kasse bittet. Die Kommunen müssen weiterhin in der Lage sein, die Ausgabenlast sowie ihre eigenen Investitionen stemmen zu können.

Doppelhaushalte lehnen wir zugunsten genauerer Planungsperspektiven ab. Mögliche Jahresüberschüsse sollen der ***Ausgleichsrücklage*** zugeführt werden. ***Jahresergebnisverbesserungen*** des Kreishaushalts werden im folgenden Jahr in gleicher Betragshöhe als Defizite ***umlagewirksam berücksichtigt***. Der Ausgleich erfolgt aus der ***Ausgleichsrücklage*** des Kreises. Dieses Verfahren konnten wir bereits im Kreistag auch für die Folgejahre festlegen. Im Falle einer negativen Jahresergebnisentwicklung werden die Kommunen nicht zusätzlich belastet.

Neue mittelfristige Finanzplanung
Für den Klimaschutz, die Verkehrswende und den anstehenden Strukturwandel sind Investitionen erforderlich. Um im Kreishaushalt die erforderlichen Investitionen und gleichzeitig eine moderate Kreisumlage in Einklang zu bringen, bedarf es strategischer Leitziele und konkreter Projekte. Wir setzen uns deshalb für die Aufstellung einer ***neuen mittelfristigen Finanzplanung des Kreises*** ein.

Verwaltung
Wir GRÜNEN evaluieren die Eingruppierung der Beschäftigten in der Kreisverwaltung, um eine möglichst attraktive Grundlage des Beschäftigungsverhältnisses zu etablieren. Die starke Konkurrenz mit vergleichbaren Arbeitgeber*innen nehmen wir ernst und schlagen dem/der Landrat*in eine ***Modernisierungsoffensive der Kreisverwaltung*** vor. Zu einem modernen Arbeitsplatz gehören Angebote zum ***mobilen und flexiblen Arbeiten, ein Deutschland-Ticket als Jobticket***, ein ***Job-Rad Angebot*** sowie das Arbeiten in ***inklusiven Teams***.

Außerdem setzen wir uns für eine ***Aufstockung des Personals*** im Bereich des ***Katastrophenschutzes***, bei der ***WTG-Behörde*** (ehemals Heimaufsicht) und bei der ***Ausländerbehörde*** ein. Ebenfalls möchten wir die Verwaltungsabläufe in der ***KFZ-Zulassungsstelle*** durch Digitalisierung und gegebenenfalls durch auf eine Aufstockung des Personals ***effizienter*** gestalten. Damit wollen wir eine Verbesserung der Dienstleistung erzielen und Rückstau- sowie Wartezeiten minimieren.

Wir GRÜNE wollen:
- **mehr Klimaschutz im Rhein-Kreis Neuss durch**
  - jährlich 1,4 Millionen Euro (davon 1,2 Millionen Euro investiv) für den Klimaschutz.
- **eine Beibehaltung der Förderung des Strukturwandels durch**
  - jährlich 1,2 Millionen Euro für den Strukturwandel.
  - Übertragungsermächtigungen der nicht ausgegebenen Mittel.
- **weniger finanzielle Belastung der kreisangehörigen Kommunen durch**
  - eine moderate Kreisumlage.
  - ein Nein zu Doppelhaushalten.
  - die negative Anrechnung von Ergebnisverbesserungen im folgenden Haushaltsjahr.
  - eine Nutzung der Ausgleichsrücklage im Fall eines negativen Jahresergebnisses.
- **eine neue mittelfristige Finanzplanung durch**
  - eine Festlegung auf strategische Leitziele und konkrete Projekte.
- **eine Modernisierungsoffensive der Verwaltung durch**
  - mobile und flexible Arbeitsplätze.
  - das Deutschland-Ticket als Jobticket für die Mitarbeiter*innen der Kreisverwaltung.
  - das Angebot zur Nutzung des Job-Rads
  - inklusive Teams.
  - mehr Personal bei
  - dem Katastrophenschutz.

- der Ausländerbehörde.
- der WTG-Behörde (ehemals Heimaufsicht).

GEMEINSAM LEBEN IM RHEIN-KREIS NEUSS – DEMOKRATISCH UND IN SICHERHEIT

Demokratie braucht Begegnung – so heißt es im Vorwort. Für uns GRÜNE ist ein maßgeblicher Bestandteil der politischen Arbeit, die Veränderungen der Gegenwart bürger*innennah und verständlich zu kommunizieren.

Was die vergangenen Jahre seit Beginn der Corona-Pandemie gezeigt haben: Wo sich Menschen isolieren, findet eine Verhärtung gegenüber anders denkenden und anders aufgewachsenen Menschen statt. Das Einfühlungsvermögen wird verlernt.

Unsere Gegenwart ist durch gleichzeitig stattfindende Krisen gekennzeichnet, die emotional und existenziell eine große Belastung für alle bedeuten. Dazu zählen der russische Angriffskrieg auf die Ukraine samt Cyberattacken und Meinungsmanipulation durch den Kreml, sowie die dadurch ausgelöste Inflation. Weiterhin zählen der Fachkräftemangel dazu, die Überalterung westlicher Gesellschaften, die steigende Gefahr durch Tötungsdelikte und Terrorangriffe von Menschen mit radikalen Weltanschauungen, der Klimawandel, der zu Katastrophen wie der im Ahrtal führt und den Verlust von Heimat bedeutet, sowie das Artensterben, das die Lebensgrundlage für Mensch, Tier und Umwelt bedroht. Nicht zuletzt zählt die Reorganisation der Weltordnung und Wirtschaftsbeziehungen durch die derzeitige US-Regierung samt ihrer Rückabwicklungen progressiver, global-ökonomischer und sozialer Politik dazu.

Es scheint vor diesem Hintergrund kein Wunder zu sein, dass Parteien und Organisationen, die auf eine solch komplexe Krisenhäufung mit den vermeintlich „einfachen Lösungen" antworten, Zuspruch in einer durch Abstiegsängste verunsicherten Gesellschaft finden – mit oftmals rassistischen Stereotypen, gegen geltendes Recht verstoßend und mit dem Versprechen der vermeintlich „guten alten Zeit". Eine Tendenz, die viel zu lange nicht als Gefahr für die Demokratie wahrgenommen wurde.

Für uns GRÜNE steht es deshalb außer Frage, dass wir Institutionen wie Gewerkschaften, Vereine und Initiativen, Kirchen, Synagogen, Moscheen und weitere (inter-)religiöse Begegnungsorte, vor allem jedoch Bildungs-, Kunst- und Kultureinrichtungen, Bürgerhäuser, Inklusions-Cafés und öffentliche Plätze schützen und fördern.

Ferner möchten wir uns als GRÜNE im Rhein-Kreis Neuss dafür einsetzen, kommunalpolitische Entscheidungsprozesse auf allen Ebenen transparenter zu gestalten, etwa mithilfe von Bürger*innenräten und bürger*innennaher Kommunikation sowie im Austausch mit Behörden und zivilen Einrichtungen. Denn unsere freiheitlich-rechtsstaatliche Demokratie und unsere säkulare Gesellschaft braucht den respektvollen Austausch miteinander und auf allen Ebenen. Keine Partei kann die Bedrohung für die Demokratie, die bundesweit durch die rechtsextreme AfD oder andere radikale Organisationen, auch solche aus dem Ausland, allein bewältigen. Wir müssen als Demokrat*innen die Orte schützen, die allen Bürger*innen einen freien Austausch ermöglichen, um gemeinsam unsere Zukunft zu gestalten. Eine Zukunft, die unverbrüchlich der freiheitlich-demokratischen und rechtsstaatlichen Grundordnung folgt und in der die Würde jedes Menschen unantastbar ist! Eine Zukunft, in der die Lehre „niemals wieder" aus den Gräueltaten im zweiten Weltkrieg für ***alle*** Menschen gilt, unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Religion, Einkommen, Alter, Geschlecht oder Gesundheit! Eine Zukunft, in welcher der Rhein-Kreis Neuss ein lebenswerter und vielfältiger Landkreis für alle ist und bleibt! Eine Zukunft, in der die Versorgungssicherheit unserer Bürger*innen garantiert ist!

Schule und Bildung

Schulen sind mehr als nur Lernorte. Sie sind wichtige soziale und kulturelle Räume im Leben vieler junger Menschen. Sie haben bedeutenden Einfluss auf die Entwicklung jedes*jeder Einzelnen und der gesamten Gesellschaft. Politik hat die Pflicht, diese Orte mit allem auszustatten, was für einen gelingenden Schulalltag benötigt wird.

Im Rhein-Kreis Neuss sind die jeweiligen Städte und Gemeinden für die Regelschulen wie Grundschulen, Gesamtschulen und Gymnasien zuständig. ***In der Verantwortung des Kreises liegen hingegen die Förderschulen und die Berufskollegien.***

Wir GRÜNE haben im Kreis bereits viel für Förderschulen und Berufskollegien erreichen können: Die ***digitale Ausstattung*** hat sich deutlich verbessert und ist auf hohem Niveau. Räumlichkeiten wurden saniert und die Schule am Nordpark in Neuss erhält einen modernen Neubau, der – durch uns GRÜNE vorangetrieben – den ***heutigen pädagogischen Anforderungen*** entspricht und zudem mit Photovoltaik und Geothermie ausgestattet sein wird. Außerdem wurden neue Bildungsgänge an den Berufskollegien aufgelegt.

Die ***UN-Behindertenrechtskonvention*** verlangt seit 2008 ***Inklusion*** und die Gleichberechtigung von Menschen ***mit und ohne*** Behinderung in allen Bereichen, einschließlich Bil-

dung, Arbeit, Gesundheit und Teilhabe an gesellschaftlichem und politischem Leben. Leider findet Inklusion im NRW-Bildungssystem nur eingeschränkt statt. Unter den bestehenden Rahmenbedingungen des Landes setzen wir uns dafür ein, das Beste für alle Schüler*innen zu erreichen, etwa mithilfe einer ***stärkeren Vernetzung von Förderschulen*** (Kreis) ***und Regelschulen*** (Kommunen). Räumlichkeiten der Förderschulen sollen auch von benachbarten Schulen genutzt werden können. Zudem wollen wir die Vernetzung von Förderschulen mit Jugendzentren und Kulturangeboten verstärken.

Wir GRÜNE wollen:

- **Investitionen in Bildung durch**
  - bedarfsorientierte Umsetzung.
- **die Förderung von integrativem Lernen durch**
  - den Einsatz eines Expert*innenrates zur Beratung, Zielformulierung und Evaluation gemeinschaftlichen Lernens.
- **einen erleichterten Einstieg in das Berufsleben durch**
  - niederschwellige Berufsausbildungen im Rahmen der Inklusion an den Berufskollegien für Schüler*innen mit Schwerpunkt geistige Entwicklung.
- **eine Bildungsoffensive für das Rheinische Revier durch**
  - den Ausbau von Angeboten zur Berufsausbildung, die den zukünftigen beruflichen Arbeitsplatzanforderungen im Hinblick auf die Transformation im Rheinischen Revier, Rechnung tragen
- **die Vernetzung von Einrichtungen durch**
  - Kooperationen bestehender Bildungseinrichtungen mit vom Kreis geförderten Einrichtungen, wie das auf „Maker Education" setzende Tüftellab Neuss.

Zukunft braucht Herkunft – Kultur im Rhein-Kreis Neuss

Kultureinrichtungen wie das Kreismuseum und das internationale Mundartarchiv „Ludwig Soumagne" in Zons, das Kulturzentrum Sinsteden und das Schützenmuseum in Neuss zeigen die Vielfalt und den Ideenreichtum unserer Gesellschaft im Rhein-Kreis Neuss. Diese Institutionen dokumentieren und vermitteln Brauchtum und Tradition unserer Region. Sie sind zu bewahren und für alle Menschen im Rhein-Kreis Neuss zugänglich zu machen.
Die Bewahrung von Erinnerungskultur ist aus unserer Sicht unerlässlich, damit positive sowie negative gesellschaftliche Entwicklungen sichtbar bleiben. Besonders vor dem Hintergrund der zunehmend geringen Zahl an Zeitzeug*innen, die den Holocaust überlebt haben, aber auch vor dem Hintergrund der Aufarbeitung der europäischen Kolonial-

zeit muss Erinnerungskultur neue Wege gehen. In Zeiten erstarkender rechtsradikaler Parteien, Organisationen und Gedanken, von Hass und Hetze, Antisemitismus, Rassismus und Islamfeindlichkeit muss eine Erinnerungskultur als demokratiesichernder Bildungsauftrag verstanden werden deren Bedeutung für den Zusammenhalt und die Empathiefähigkeit in unserer Gesellschaft von besonders hohem Stellenwert ist.

Das kulturelle Angebot und die Kunstproduktion stellen wir GRÜNE in Zusammenhang mit der Transformation unserer Region. Der Kohleausstieg bewirkt die Ansiedlung von zukunftsweisenden neuen Forschungs- und Wirtschaftsunternehmen. Das kulturelle Leben im Rhein-Kreis wird auch ein Motor für Innovationen sein und Menschen dazu einladen, in den Rhein-Kreis Neuss zu ziehen und so technisches Wissen für diese herausfordernde Transformation in unsere Region bringen.

Wir fördern Projekte und Orte für Menschen, die im Rhein-Kreis Neuss in der bildenden, der darstellenden und der angewandten Kunst sowie in Musik und Literatur aktiv sind. Hierzu zählen insbesondere die dauerhafte Unterstützung der Stiftung Insel Hombroich, der Stiftung Schloss Dyck und des Rheinischen Landestheaters Neuss.

„Dritte Orte" sind Bibliotheken, öffentliche Parks, Plätze und Räume, an denen es keinen Konsumzwang gibt, sondern sich alle Menschen frei aufhalten können. Diese „Dritten Orte" sind Begegnungsräume für den gesellschaftlichen, kulturellen und kreativen Austausch. Sie bieten eine Möglichkeit, der wachsenden Vereinsamung in der Bevölkerung entgegenzuwirken. Wir GRÜNE wollen „Dritte Orte" im Rhein-Kreis Neuss identifizieren, ausbauen, fördern und für die Bürger*innen langfristig nutzbar machen.

Kulturelle Bildung ist für uns unerlässlich, um ein Zusammenleben in demokratischen Strukturen zu ermöglichen und zu schützen. Die Rheinische Musikschule setzt hier mit ihrer Arbeit bei den Jüngsten unserer Gesellschaft an.

Barrierefreiheit und Mehrsprachigkeit in den Kulturinstitutionen und bei kulturellen Veranstaltungen sind unser Ziel. Bürger*innen mit körperlicher und geistiger Behinderung wollen wir zusätzlich unterstützen, damit die Möglichkeit der Teilhabe sowohl mit künstlerisch-kreativen Aktivitäten als auch durch den Besuch von kulturellen Veranstaltungen entstehen.

Haushaltskürzungen im Kulturbereich halten wir für höchst problematisch, da wir das zu erwartende Einsparpotenzial als sehr gering einschätzen. Strukturen und Projekte, die Einsparungen zum Opfer fallen, lassen sich später nur noch mit hohem finanziel-

lem Aufwand wieder aktivieren. In Zusammenarbeit mit Verwaltung und Leiter*innen von Kulturstätten können Konzepte zu Einsparpotenzialen erarbeitet werden, ohne dass existenzielle Auswirkungen auf die Kultur die Folge sind.

Wir GRÜNE wollen:

- **gesicherte Finanzierung und Förderung aller Kreismuseen.**
- **die Stärkung von Erinnerungskultur und Projekte zur Provenienzforschung im Rhein-Kreis Neuss.**
- **eine Fortführung der finanziellen Unterstützung der Stiftungen Insel Hombroich und Schloss Dyck sowie des Rheinischen Landestheaters.**
- **den Ausbau der Vernetzung der Kulturschaffenden und des Kulturangebots im Rhein-Kreis Neuss durch**
  - die Realisierung einer digitalen Plattform, weiterhin die Planung von Vernetzungstreffen sowie die fortgesetzte Umsetzung der interkommunalen Kulturentwicklungsplanung.
- **die Identifizierung und Förderung, den Ausbau und die langfristige Erhaltung der „Dritten Orte" und Fördermittel auch von Land und Bund in Betracht ziehen.**
- **eine Weiterführung der Finanzierung von Kulturprojekten an den Schulen des Rhein-Kreis Neuss.**

Sport

Bewegung und Sport sind wichtig für gesellschaftliche Teilhabe, gesundheitliche Rehabilitation, Freizeitausgleich und Resilienz. Ein hohes Niveau im Spitzensport ist gleichzeitig auch ein wirtschaftlicher Standortvorteil. Wir GRÜNE im Rhein-Kreis Neuss wollen die bestehenden Förderstrukturen durch den Sportbund Rhein-Kreis Neuss erhalten und dort, wo es sinnvoll ist, Synergieeffekte – etwa in der Talentförderung – ausloten. Nachhaltigkeit, Umwelt- und Klimaschutz müssen auch im Sport Priorität haben. Dazu zählen umweltfreundliche Materialien wie schadstofffreie Rasensysteme auf Fußballplätzen.

Der Rhein-Kreis Neuss ist ein wichtiger Standort für den Leistungssport mit Sondersportstätten wie der renommierten Radsporthalle Büttgen und dem Sportinternat Knechtsteden mit dem neuen Bundesstützpunkt, der Fechthalle Dormagen. Den geplanten Wildwasserpark Dormagen sehen wir nicht zuletzt aufgrund des immensen finanziellen Risikos sehr kritisch, erkennen aber auch das Potenzial für den Sportstandort Rhein-Kreis Neuss. Wir sind uns der überregionalen Bedeutung der Radsporthalle

bewusst – insbesondere auch ihrer wichtigen Funktion als Sportstätte für den Schul- und Vereinssport. Angesichts der aktuell sehr angespannten Finanzlage der Kommunen muss bei der zukünftigen Finanzierung jedoch sichergestellt sein, dass die Belastung für die Stadt Kaarst in einem tragbaren Rahmen bleibt. Leistungssportförderung, Umweltverträglichkeit und Wirtschaftlichkeit müssen bei der Planung sorgfältig abgewogen und mehr als bisher berücksichtigt werden. Außerdem fordern wir GRÜNE eine stärkere Bürger*innenbeteiligung und Kommunikation im Entscheidungsprozess.

Wir fördern die neu etablierten Schutzkonzepte des Kreises zum Thema Diskriminierung und sexuelle Belästigung im Sport und setzen uns für deren nachhaltige Verankerung ein. Kinder, Jugendliche und Erwachsene im Rhein-Kreis Neuss sollen sich in ihren Sportvereinen und bei der Ausübung aller Sportarten sicher fühlen.

Sport ist für alle da: Wir möchten, dass besonders die Förderung von Frauen im Sport weiter vorangetrieben wird und dass Sport stets inklusiv ist. Der Parasport ist eine Bereicherung für Menschen mit und ohne Behinderung und leistet einen wichtigen Beitrag zur Inklusion. Auch im sozialen Bereich baut insbesondere der Sport wichtige Brücken.

Ferner lebt Sport vom ***ehrenamtlichen Engagement***. Besonders vor dem Hintergrund des demografischen Wandels möchten wir, dass der Kreis sich weiterhin an der Förderung von A-, B- und C-Trainer*innenlizenzen beteiligt. Nur mit genügend qualifizierten Trainer*innen kann der Sport im Rhein-Kreis Neuss lebendig und vielfältig bleiben. Wir setzen uns dafür ein, die Nachwuchsförderung von Trainer*innen- und Schiedsrichter*innen attraktiv zu gestalten und öffentlichkeitswirksam zu bewerben.

Wir GRÜNE wollen:

- **den Erhalt der Sportförderstrukturen im Rhein-Kreis Neuss, in besonderem Maße solche zur Inklusion und Geschlechtergerechtigkeit.**
- **stärkere Bürger*innenbeteiligung und Kommunikation bei Entscheidungsprozessen zum Wildwasserpark Dormagen sowie eine sorgfältige Abwägung der Gesamtkosten und der Förderquote, Umweltverträglichkeit und Energieeffizienz des geplanten Baus und Betriebs.**
- **ein Ausloten von Synergieeffekten mit den Kommunen in der Talentförderung im Rhein-Kreis Neuss.**
- **den Bedarf an Trainer*innen im Rhein-Kreis Neuss in Zusammenarbeit mit den Kommunen und dem Landessportbund öffentlichkeitswirksam sichtbar zu machen.**

Wohnen

Für einen Rhein-Kreis Neuss, in dem wir gut und gerne wohnen
Bezahlbares Wohnen ist zu einer der entscheidenden sozialen Fragen unserer Zeit geworden. Der Rhein-Kreis Neuss ist das Zuhause von etwa 459.000 Menschen – Jung und Alt und aus allen Teilen der Gesellschaft. Doch viele Menschen haben auch bei uns über die Miete hinaus kaum Geld übrig für Lebensmittel, Kleidung, Bildung und Freizeitaktivitäten. Das eigene Zuhause darf kein Spekulationsobjekt sein, denn es ist die Grundlage für Teilhabe, Sicherheit und ein gutes Leben. Das Ziel von uns GRÜNEN ist eine gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik im Rhein-Kreis Neuss.

Wir GRÜNE wollen, dass Menschen im Rhein-Kreis Neuss bezahlbaren Wohnraum finden und sich keine Sorgen um den Verbleib in ihrer Wohnung machen müssen. Wir benötigen ***mehr Wohnungen durch Neu- und Ausbau, kluge und sozialverträgliche energetische Sanierungen sowie den Schutz vor zu hohen Mietsteigerungen im Bestand***. Außerdem benötigen wir vor dem Hintergrund des demografischen Wandels eine ***größere Versorgung mit Wohnungen, die für Menschen im Alter barrierefrei konzipiert sind, sowie neue Lösungsansätze wie „Community Houses“***. In einigen Kommunen konnten wir diesbezüglich in den vergangenen fünf Jahren mit unseren jeweiligen Kooperationspartner*innen schon viel auf den Weg bringen. Dennoch wird ***das Thema „Bezahlbares Wohnen“*** auch die nächste Legislaturperiode in den Kommunen des Rhein-Kreis Neuss prägen.

Die Erweiterung und Verlängerung der ***Mieterschutzverordnung NRW*** der schwarz-grünen Landesregierung seit dem 1. März 2025 begrüßen wir daher ausdrücklich. Hierdurch können Mieter*innen vor unverhältnismäßigen Preissteigerungen bei Neuvermietungen und im Bestand geschützt werden. Die Kündigungssperrfrist bei Eigenbedarf wurde von drei Jahren auf acht Jahre erhöht. Das gibt Mieter*innen Sicherheit, jedoch wissen wir, dass das noch nicht ausreicht.

Wir unterstützen deshalb auch die Forderungen der GRÜNEN auf Bundesebene, die ***Mietpreisbremse*** zu verlängern und sie durch die Abschaffung von Ausnahmen zu verschärfen. Der Appell an die schwarz-rote Bundesregierung: Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, angespannte Wohnungsmärkte eigenständig nachweisen zu können und dort gegebenenfalls einen Mietenstopp durchzusetzen. Mietwucher muss durch die Stärkung des § 5 Wirtschaftsstrafgesetzbuch bekämpft werden, um den Nachweis für Mieter*innen zu erleichtern und somit Verstöße gegen die Mietpreisbremse stärker zu ahnden. Auch Gewerbemieter*innen brauchen einen Mieter*innenschutz.

Obdachlosigkeit sollte in einem reichen Land wie Deutschland nicht vorkommen, denn ein eigenes Zuhause ist eine wichtige Voraussetzung für ein Leben in Würde und für gesellschaftliche Teilhabe und ein gesundes Leben. Zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit sind niedrigschwellige präventive Hilfen und zielgruppengerechte Angebote, etwa für Frauen und Familien, unerlässlich. Zwangsräumungen auf die Straße darf es nicht geben. Der ***Housing- First-Ansatz*** ist ein zentraler Baustein, bei dem obdachlose Menschen in eine Wohnung einziehen können, ohne sich zuvor für Hilfe qualifizieren zu müssen. Auch andere Instrumente wie soziale Wohnraumagenturen werden wir in den Kommunen vor Ort nutzen. Wir GRÜNE im Rhein-Kreis Neuss setzen uns dafür ein, dass das ***Projekt „Endlich ein Zuhause!"*** weiter mit Mitteln aus dem ***Europäischen Sozialfonds*** gefördert wird. Auch Integration beginnt unserer Auffassung dort, wo Menschen Arbeit und ein Zuhause finden. Wir setzen uns dafür ein, dass marginalisierte Menschen, Schutzsuchende und Obdach- und Wohnungslose, nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern dass ihnen der Zugang zum Wohnungsmarkt erleichtert wird.

Wohneigentum – sei es ein eigenes Haus oder eine eigene Wohnung – bietet Sicherheit, Freiheit und eine nachhaltige Altersvorsorge. Im Bereich des Wohnungs- und Hausbaus fordern wir GRÜNE auf allen politischen Ebenen ***Vereinfachungen und Anreize***. Beispiele hierfür sind das einfache Bauen mit dem „Gebäudetyp E" sowie modulares und serielles Bauen mithilfe von vorgefertigten Bauelementen. Auch sehen wir ***Verbesserungsbedarf beim Denkmalschutz***. Dieser sollte Dachausbauten oder Solaranlagen nicht grundsätzlich verhindern und Sanierungsarbeiten im Bereich der Energieeffizienz oder die Umwidmung von Baufläche nicht durch unnötige Bürokratie erschweren.

Wir GRÜNE wollen stärker gegen die ***Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt*** vorgehen. Menschen mit Migrationsgeschichte, Arbeitslose, Alleinerziehende oder Alleinstehende, Wohnungs- oder Obdachlose, Menschen mit Behinderung und andere marginalisierte Gruppen sind auf dem Wohnungsmarkt besonders häufig von Diskriminierung betroffen. Wir setzen uns dafür ein, dass Vermietung fair und transparent verläuft, unabhängig von Herkunft, Familienform oder Einkommen. Deshalb fordern wir die Einführung eines kommunalen Monitoring-Systems, das anonymisierte Testverfahren, wie zuletzt als gutes Beispiel in Köln, durchführt, um strukturelle Diskriminierung sichtbar zu machen und gezielt bekämpfen zu können. Außerdem sind wir für klare Vergabekriterien bei öffentlich gefördertem Wohnraum. Für eine vielfältige Gesellschaft in den Kommunen des Rhein-Kreis Neuss!

Wir GRÜNE wollen:

- **die Schaffung von mehr bezahlbaren Wohnraum durch**
  - die Förderung des Ausbaus von Dachgeschoss- und Souterrainwohnungen.
  - sozialverträgliche energetische Sanierungen, die nicht auf die Warmmiete umgewälzt werden.
  - eine dauerhafte Einführung einer Mietpreisbremse ohne Ausnahmen.
- **eine Stärkung des sozialen Wohnungsbaus, um Menschen mit niedrigem Einkommen sicheren Wohnraum zu garantieren.**
- **die Reduzierung und Vorbeugung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit durch**
  - Housing-First-Ansätze wie in Düsseldorf und die Verlängerung der Fördermittel für das Projekt „Endlich ein Zuhause!".
  - eine Förderung von Unterbringungsmöglichkeiten mit sozialer Betreuung, um Menschen den Weg zurück in ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.
- **die Bekämpfung von Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt durch**
  - Testverfahren und kommunale Systeme wie in Köln.

Soziales

Für uns GRÜNE ist Sozialpolitik ein zentraler Bestandteil einer gerechten, solidarischen und menschenwürdigen Gesellschaft. Soziales Engagement bedeutet für uns, den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen: unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Religionszugehörigkeit, Einkommen oder Lebenssituation. Denn nur wenn alle Menschen die gleichen Chancen und die für sie notwendige Unterstützung bekommen, kann eine Gesellschaft wirklich zusammenstehen. In diesem Sinne ist Sozialpolitik für uns immer auch ein Querschnittsthema, das in allen Bereichen der Politik eine Rolle spielen muss. Sozialpolitik und soziale Gerechtigkeit gehören zu unserem Selbstverständnis.

Gewalt gegen Frauen geht alle etwas an

Gewalt gegen Frauen ist ein gesellschaftliches Problem, dem wir klar entgegentreten. Sie betrifft Frauen jeden Alters, unabhängig von Bildungsstand, Einkommen oder Herkunft. Wir wollen Frauen wirksam schützen, Hilfsangebote stärken und das Thema weiter in die Öffentlichkeit bringen. Gewalt gegen Frauen ist kein „Frauenthema". Wir GRÜNE erachten den Opferschutz betroffener Frauen, Kinder und Angehöriger als ebenso wichtig wie Bildungsarbeit und Gewaltprävention auf Seiten der Täter. Gewalt gegen Frauen basiert vor allen Dingen auf einem patriarchalen Unterdrückungssystem, dem durch Gleichstellungsarbeit proaktiv begegnet werden muss. Giselle Pélicot, Opfer schwerster Gewalt, die ihren Fall 2023/24 öffentlich machte, fordert die gesellschaftli-

che Neubewertung von Scham und Schuld und prägte folgenden Satz: „Die Scham muss die Seite wechseln“

Durch das Gewalthilfegesetz, dass von Bundestag und Bundesrat Anfang 2025 als Antwort auf die hohe Zahl an Gewaltdelikten und Femiziden beschlossen wurde, erhält jede Frau einen Anspruch auf kostenfreien Schutz und Beratung. Sowohl Gewalthilfe als auch Maßnahmen zur Prävention, einschließlich Täterarbeit und intensive Öffentlichkeitsarbeit, werden durch das neue Gewalthilfegesetz gestützt. Außerdem erhoffen wir GRÜNE uns mit dem Gesetz verstärkte finanzielle Fördermöglichkeiten für die Frauenberatungsstelle Neuss. Diese wie auch ihre Zweigstellen in Dormagen und Grevenbroich sind als Beratungs- und Unterstützungsangebot essenziell für die Sicherheit von Frauen und vulnerablen Personen im Rhein-Kreis Neuss. Des Weiteren setzen wir uns für mehr Familienbetten entsprechend der Istanbul-Konvention in den Frauenhäusern ein.

Suchthilfe

Auch im Bereich der Suchthilfe setzen wir auf Verantwortung, Aufklärung und Unterstützung. Eine moderne Drogenpolitik bedeutet für uns, Risiken zu minimieren und suchterkrankten Menschen niedrigschwellige Hilfe zu bieten, statt sie zu stigmatisieren. Drogenkonsum ist in allen gesellschaftlichen Schichten, unabhängig vom Einkommen, zu finden. Besonders bei obdachlosen Menschen wird dies sichtbar und verstärkt die soziale Spirale nach unten. Darum engagieren wir uns für langfristige und nachhaltige Lösungen gegen Obdachlosigkeit, die Schritt für Schritt Perspektiven schaffen.

Echte gesellschaftliche Teilhabe für Menschen mit Behinderung

Für Menschen mit Behinderung fordern wir echte Teilhabe statt wohlklingende Absichtserklärungen. Inklusion muss gestaltet und von Beginn an im Arbeitsleben, in der Bildung und im Alltag verankert sein. Gesellschaft behindert Menschen mit Behinderung, darunter auch Institutionen wie die Kreisverwaltung. Dies wollen wir partizipativ beheben und mit mehr Beschäftigung von Menschen mit Behinderung eine Vorbildrolle einnehmen.

Feministische Kommunalpolitik

Die gleichberechtigte Teilhabe an politischen Entscheidungen braucht aktives politisches Handeln. Noch immer engagieren sich weniger Frauen als Männer politisch. Für uns GRÜNE ist daher die Unterstützung von Frauen ein zentraler Bestandteil einer gerechten und zukunftsorientierten Politik. Feministische Politik beginnt nicht nur im Großen, sondern auch konkret vor Ort: in der Kreispolitik, in der Verwaltung und im Alltag der Menschen im Rhein-Kreis Neuss. Innerhalb unserer Fraktion setzen wir auf

paritätische Vertretung, eine feministische Diskussionskultur und plädieren dafür, dass mehr Frauen politische Verantwortung übernehmen. In der Kreisverwaltung streben wir eine geschlechtergerechte Personalentwicklung, faire Aufstiegschancen und eine gelebte Vereinbarkeit von Familie und Beruf an.

Tierschutz

Auch der Schutz von Tieren gehört zu einer sozialen und verantwortungsbewussten Politik. Wir setzen uns als GRÜNE für den wertschätzenden Umgang mit Tieren ein und möchten, dass ***Tierheime und Auffangstationen im Rhein-Kreis Neuss*** und insbesondere auch die dort arbeitenden Menschen finanziell angemessen ausgestattet werden. Wir wollen einen kommunalen Tierschutz, der Verantwortung übernimmt und nicht wegschaut.

Wir GRÜNE wollen:

- **die Unterstützung von Frauen in Notlagen durch**
  - einen Aufbau und Förderung von Anlaufstellen für Frauen, die von Gewalt betroffen sind.
  - eine intensive Präventionsarbeit an Schulen und Fortbildungen für Mitarbeitende der Verwaltung und sozialen Einrichtungen.
  - mehr Präsenz des Themas bei öffentlichen Veranstaltungen im Kreisgebiet.
  - eine Fortführung und Stärkung des Verhütungsmittelfonds, um ungewollte Schwangerschaften und damit verbundene soziale Notlagen zu verhindern.
  - mehr Familienbetten in Frauenhäusern entsprechend der Istanbul-Konvention.
- **eine Stärkung von Drogenprävention und -hilfe durch**
  - die Einführung von Drug-Checking-Angeboten (Drogentests) im Kreisgebiet, um die Sicherheit von Konsumierenden zu erhöhen und gesundheitliche Risiken zu verringern.
  - eine Förderung von Anlaufstellen und Unterbringungsmöglichkeiten mit sozialer Betreuung, um Menschen den Weg zurück in ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.
- **eine gleichberechtigte inklusive Gesellschaft mit Fokus auf Menschen mit Behinderung durch**
  - die Entwicklung eines effektiven und transparenten Inklusionskonzepts.
  - den Einsatz einer inklusionsbeauftragte Person, die sich gezielt um die Umsetzung von Maßnahmen kümmert.
  - eine Förderung von Übergangsprogrammen für Menschen aus den Werkstätten für behinderte Menschen (WfB) in den allgemeinen Arbeitsmarkt.
  - die Einrichtung einer Arbeitsmarktbörse für Menschen mit Behinderung, um mehr Teilhabe am Arbeitsleben zu ermöglichen.

- **eine gleichberechtigte inklusive Gesellschaft mit Fokus auf Frauen durch**
  - Förderprogramme und Weiterbildungsangebote für Frauen in Politik und Verwaltung, um Teilhabe und Aufstieg gezielt zu unterstützen.
  - die Sensibilisierung und Schulung von Führungskräften in der Verwaltung zu Themen wie Gleichstellung, unbewussten Vorurteilen und Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Gesundheits- und Pflegeversorgung

Eine verlässliche Gesundheitsversorgung und eine menschenwürdige Pflege sind essenzielle Bestandteile einer lebenswerten Gesellschaft. Der demografische Wandel stellt auch den Rhein-Kreis Neuss vor Herausforderungen im Gebiet der Gesundheits- und Pflegeversorgung. Das Durchschnittsalter in der Bevölkerung steigt kontinuierlich, gleichzeitig nimmt die Zahl bestehender Erkrankungen bei Menschen zu. Eine solidarische und soziale Gesellschaft darf Ältere, Erkrankte und Menschen mit Behinderungen nicht an den Rand drängen.

Zur Sicherung der haus- und fachärztlichen Versorgung setzen wir uns dafür ein, es für niederlassungswillige junge Ärzt*innen attraktiver zu machen, freiwerdende Praxissitze im Rhein-Kreis Neuss zu übernehmen. Mittels einer gezielten Wirtschaftsförderung im Gesundheitsbereich stellen wir uns dem drohenden Ärztemangel vor allem im hausärztlichen Bereich aktiv entgegen.

Im Rhein-Kreis Neuss muss jede*r die Möglichkeit haben, in Würde zu altern. Gleichzeitig müssen die Lebenssituationen von jungen pflegebedürftigen Menschen sowie von Menschen mit Behinderung verbessert werden, damit alle Menschen ein so selbstbestimmtes Leben wie möglich führen können. Wir GRÜNE setzen uns aktiv für eine inklusivere Gesellschaft ein, die eine Bereicherung für alle Menschen darstellt.

Damit Pflegedefizite im Rhein-Kreis Neuss schneller erkannt und behoben werden können, wollen wir GRÜNE die Wohn- und Teilhabebehörde stärken. Dadurch kann auch eine intensivere Beratung zur Behebung von Pflegemängel stattfinden. Die Pflegesituation in den Kommunen des Rhein-Kreis Neuss soll mithilfe einer realistischen Pflegebedarfsplanung analysiert und verbessert werden. Eine bessere Versorgung im Wohnumfeld soll mit der Schaffung und Förderung von Community Health Nurses, Sozialarbeiter*innen und Pädagog*innen erreicht werden. Dadurch können Ressourcen gebündelt und wohnortnahe Pflegestrukturen ausgebaut werden.

Außerdem sehen wir Potenzial in einer Verstärkung der Kooperation zwischen dem Bildungsinstitut für Gesundheitsberufe im Rhein-Kreis Neuss (BIG) und der Hochschule Niederrhein oder anderen regionalen Hochschulen, insbesondere im Bereich der Langzeitpflege. Durch einen intensiveren Austausch zwischen Ausbildung, Forschung und Pflegepraxis kann zum einen die Attraktivität der Arbeit in der Langzeitpflege gesteigert werden und zum anderen können innovative Entwicklungen schneller in die Praxis eingeführt werden, wodurch die Pflegequalität steigt und die Arbeitsbelastung sinkt.

Gesundheitsförderung aller Altersgruppen

Wir müssen Ursachen von Krankheit in den Blick nehmen und nicht nur die Symptome behandeln. Deshalb setzen wir GRÜNE uns für die Stärkung der Prävention in allen Altersgruppen ein, wodurch eine gesündere und resilientere Gesellschaft unterstützt wird. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf auf Einsamkeit und psychische Gesundheit. Konkrete Beispiele zur Gesundheitsprävention sehen wir besonders in der Sensibilisierung für einen bewussteren Medienkonsum bereits bei Kindern und Jugendlichen sowie der Stärkung des Bewegungs- und Freizeitangebots auch mit öffentlichen Sportplätzen. Die psychische Gesundheit junger Menschen hat sich in den vergangenen Jahren verschlechtert. Das nehmen wir ernst. Wir GRÜNE begrüßen daher den Einsatz von Mental Health Coaches und ihren Gruppenangeboten in den Förder- und Berufsschulen im Rhein-Kreis Neuss sowie in den Regelschulen der Kommunen.

Wir begrüßen die Forderung der GRÜNEN auf Bundesebene nach einem Bund-Länderpakt für mentale Gesundheit: Alle Menschen, insbesondere Kinder und Jugendliche, sollen im Bedarfsfall niedrigschwellige Zugänge zu passgenauen psychosozialen und therapeutischen Angeboten erhalten. Kassensitze, Therapieplätze, Beratungsstrukturen und die Ausbildung von Fachkräften müssen ausgebaut werden.

Im Zusammenhang mit Gesundheitsförderung spielt auch die Ernährung eine bedeutende Rolle. Besonders die Arbeit des Ernährungsrats im Rhein-Kreis Neuss mit Aktionsangeboten wie „Regional essen! Mach mit!“ heben wir an dieser Stelle vorbildhaft hervor.

Wir GRÜNE wollen:

- **die Stärkung der Pflegeversorgung im Rhein-Kreis Neuss durch**
  - eine Verbesserung der Wohn- und Teilhabegesetz-Behörde.
  - den Abbau unnötig komplizierter Leistungsbeantragungen und einer einfacheren Kommunikation mit den Behörden.
  - eine realistische Pflegebedarfsplanung für das gesamte Kreisgebiet in Zusammenarbeit mit allen Kommunen.

- den Aufbau und die Förderung wohnortnaher Pflegestrukturen etwa mithilfe von Community Health Nurses.

- **die Bindung und Gewinnung von Pflegefachkräfte, insbesondere im Bereich der Langzeitpflege, durch**
  - eine Verstärkung der Kooperation des Bildungsinstituts für Gesundheitsberufe im Rhein-Kreis Neuss (BIG) mit der Hochschule Niederrhein oder anderen regionalen Hochschulen.
  - die Unterstützung der ambulanten Pflegedienste und Pflegeheime hinsichtlich der Digitalisierung, sodass dadurch die Arbeitsbedingungen attraktiver werden und die Lebensqualität der Pflegebedürftigen steigt.
- **eine Stärkung von Gesundheitsförderung und Präventionsarbeit durch**
  - die Sensibilisierung für einen bewussten Umgang mit Mediennutzung bereits bei Kindern und Jugendlichen, aber auch Eltern und Erwachsenen.
  - den Einsatz von Mental Health Coaches in den Kreisschulen.
  - die Förderung einer geschlechter-, struktur- und kultursensiblen Medizin für eine angemessene Versorgung aller Menschen im Rhein-Kreis Neuss.

Rheinland-Klinikum

Sicherung lokaler Versorgung durch das Rheinland-Klinikum

Das 2019 gegründete Rheinland-Klinikum mit seinen drei Standorten in Neuss, Grevenbroich und Dormagen stellt einen wichtigen Baustein für die lokale medizinische Versorgung der Bürger*innen im Rhein-Kreis Neuss dar. 2024 ist es finanziell in schwere Fahrwasser geraten und stand kurz vor der ***Insolvenz***. Kostensteigerungen, die Abwanderung von Patient*innen und der bundesweite Trend zu mehr ambulanten Behandlungen machen es kleineren Krankenhäusern schwer, sich zu behaupten. 2024 wurde ein Sanierungsplan der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Roland Berger erarbeitet, der von unserer grünen Kreistagsfraktion sowie den anderen demokratischen Kräften unterstützt wurde. 2025 hat die Geschäftsführung des Rheinlandklinikums dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) ein ***Konzept zur Neustrukturierung des Klinikums*** vorgelegt. Sowohl im Bund als auch in NRW sind mittlerweile Pläne für eine Reform der Krankenhäuser vorgelegt worden, die auf die Spezialisierung und Zusammenlegung von medizinischen Leistungen abzielen. Das NRW-Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales hat im März 2025 entschieden, dass die Notaufnahme in Grevenbroich unter Beibehaltung einer notärztlichen Versorgung geschlossen werden soll. Auch in Dormagen soll die Geburtsstation nach Neuss verlagert werden. In den Städten Grevenbroich und Dormagen regte sich Widerstand gegen die Umstrukturierungen.

Wir sind uns der schmerzhaften Änderungen in der Krankenhaus-Versorgungsstruktur des Kreises bewusst. Diese sind leider zum Erhalt des Klinikstandorts in öffentlicher Trägerschaft unumgänglich. Wir tragen als Partei deshalb eine ***Neustrukturierung des Klinikums*** mit. Dabei haben wir ***einerseits die Kosten, andererseits die medizinische Versorgung der Bürger*innen*** im Blick. Die Bündelung von Leistungen stellt eine qualitative Verbesserung und keine Verschlechterung dar. Uns ist es jedoch wichtig, den Umstrukturierungsprozess so zu gestalten, dass die Notfallversorgung im Südkreis zu keiner Zeit gefährdet ist. Dazu ist es notwendig, den ***Rettungsdienstbedarfsplan*** vor der Schließung der Ambulanz in Grevenbroich anzupassen. Auch die ÖPNV-Anbindung der Krankenhäuser müssen geprüft und Konzepte zur Verbesserung der Anbindung entwickelt und umgesetzt werden, sodass die Krankenhäuser auch weiterhin für Freund*innen, Angehörige und Mitarbeitende gut erreichbar bleiben.

Wir GRÜNE wollen:

- **das Rheinland Klinikum in öffentlicher Trägerschaft erhalten.**
- **eine langfristig gesunde finanzielle Basis für die drei Krankenhausstandorte sichern.**
- **eine verlässliche Notfallversorgung im gesamten Kreisgebiet.**
- **die Anpassung des Rettungsdienstbedarfsplans vor der Schließung der Notfallambulanz in Grevenbroich. Dazu muss genügend Personal, Rettungsfahrzeugen sowie Kapazitäten in den umliegenden Notaufnahmen zur Verfügung gestellt werden.**
- **verbesserte ÖPNV-Anbindungen zu den Krankenhäusern.**

Katastrophenschutz und Rettungswesen

Für den Katastrophenschutz als Bereich der Gefahrenabwehr in Fällen von potenziellen Risiken für die Bevölkerung, ausgelöst etwa durch Naturkatastrophen wie Hochwasser, Starkregen, Waldbrände, Sturm, aber auch Chemieunfällen, Pandemien, Cyberangriffen und Stromausfälle,, steht der ***Schutz der Bevölkerung*** für uns GRÜNE im Mittelpunkt. Nach der Corona-Pandemie, dem Hochwasserereignis im Ahrtal und im benachbarten Rhein-Erft-Kreis, durch den Angriffskrieg in der Ukraine, mit den durch Russland ausgeführten Hackerangriffen erlebt die Bevölkerung die Gefahrenlage als deutlich erhöht.

In den vergangenen Jahren wurde daraufhin die derzeitige ***Katastrophenschutzstruktur*** im Kreis untersucht und als nicht ausreichend bewertet. Als Konsequenz aus der Bestandsanalyse wurde die Neuplanung eines ***Zentralen Bevölkerungsschutzzentrums*** mit deutlicher Zustimmung der grünen Kreistagsfraktion beschlossen. Die Zusammenarbeit und die Abstimmung aller im Rhein-Kreis Neuss relevanten Akteure im Katastrophenschutz,

darunter die Hilfsorganisationen, die Feuerwehren und die mit dem Thema betreuten Verwaltungseinheiten, verstehen wir als einen wesentlichen Baustein für den Aufbau eines handlungsfähigen Katastrophenschutzes im Rhein-Kreis Neuss. Der Gesprächsfaden aller relevanten Fachleute wurde wieder aufgenommen. Dies gilt es zukünftig deutlich zu intensivieren.

Neben dem Neubau einer neuen ***Leitstelle*** für den Rhein-Kreis Neuss wird das Bevölkerungsschutzzentrum folgende Räumlichkeiten beherbergen, für den Krisenstab und den organisatorisch-taktischen Stab, für die Fachverwaltung, weiterhin Fahrzeughallen für Spezialfahrzeuge, Aufbewahrungsmöglichkeiten für Material und eine Kücheneinheit sowie Bereiche für Weiterbildung wie die Ausbildung von Disponent*innen der Leitstelle. Für die gesetzlich im Kreis verankerten feuerwehrtechnischen Spezialausbildungen muss in Abstimmung aller Feuerwehren im Kreis ein Lösungsweg gesucht werden.

Darüber hinaus benötigen wir brauchbare Perspektiven für die Bereitstellung von Alternativen in Ausfallsituationen. Neben weiteren Räumlichkeiten sollen auch technische Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit anderen Kreisen ausgelotet werden. Der Austausch mit den Nachbarkreisen soll auch im Hinblick auf die gegenseitige Unterstützung in Gefahrenlagen im Bereich des Katastrophenschutzes verstärkt werden, insbesondere mit dem Rhein-Erft-Kreis.

Die derzeitig angespannte finanzielle Lage der Haushalte der Kommunen und des Kreises darf nicht dazu führen, die gesetzlich vorgeschriebenen und aus der derzeitigen Gefahrenlage notwendigen Schritte nicht zu gehen. ***Für uns GRÜNE ist klar: der Katastrophenschutz im Rhein-Kreis-Neuss muss auf den notwendigen gesetzlichen Stand gebracht werden.*** Dieser Pflichtaufgabe werden wir den notwendigen finanziellen Rückhalt einräumen.

Neben den Planungen für den Neubau des Bevölkerungsschutzzentrums darf die Arbeit an der Aufstellung und der Pflege von ***Plänen zur Gefahrenabwehr*** nicht vernachlässigt werden. Dieser Aufgabenbereich darf keinesfalls unterschätzt werden. Das Identifizieren und Einschätzen von Gefahren und ein zielgerichtetes Handeln in Gefahrensituationen nach eingeübten Einsatzplänen ist wesentlich für einen gelingenden Bevölkerungsschutz im Katastrophenfall. Auch bedarf es ausreichender Schulungs- und Übungseinheiten etwa für den Krisenstab.

Neben dem Katastrophenschutz darf die Stärkung des Rettungsdienstes im Rhein-Kreis Neuss nicht aus dem Auge verloren werden. Der Bedarf an Personal und Einsatzmitteln muss realistisch eingeschätzt und den derzeit steigenden Fallzahlen angepasst werden.

Der ***Rettungsdienstbedarfsplan*** wird neu verabschiedet.

Sollte die Zentrale Notfallambulanz am Krankenhaus in Grevenbroich schließen, müssen entsprechende neue Kapazitäten aufgebaut werden. Eine Umsetzung soll aus unserer Sicht Zug-um-Zug erfolgen.

Um die Selbsthilfefähigkeit in der Bevölkerung zu stärken, wollen wir eine Ausbildungsoffensive für Erste-Hilfe-Kurse für junge Leute im Kreis, vergleichbar der Initiative der Stadt Düsseldorf, starten. Auch der Einsatz einer Ersthelfer-App wird von uns befürwortet, etwa um die Zeit bis zum Eintreffen eines ausgebildete Rettungssanitäter*innen bei einem Herz-Kreislaufversagen zu verkürzen,. Hierzu braucht es neben der Technik auch das notwendige Personal, um die Erst-Helfer-App im Kreiseinzuführen.

Ergänzend zu den im Bevölkerungsschutz zuständigen Stellen des Kreises kann die Bundeswehr bei Bedarf einen wichtigen Beitrag zum Schutz der Bürger*innen im Rhein-Kreis Neuss leisten. Vor allem subsidiäre Hilfeleistungen bei Katastrophen oder anderen großen Schadensereignissen sind hier von Bedeutung. Damit im Bedarfsfall Klarheit über die möglichen Unterstützungsleistungen und Einsatzszenarien durch die Bundeswehr herrscht, ist eine regelmäßige Abstimmung zwischen den zuständigen militärischen, kommunalen und zivilen Stellen erstrebenswert.

Wir GRÜNE wollen:

- **den Neubau eines Bevölkerungsschutzzentrum.**
- **ein Monitoring der Katastrophenschutzpläne und Sonderpläne.**
- **die Durchführung von gemeinsamen auch interkommunalen Katastrophenschutzübungen.**
- **die Sicherstellung zivilmilitärischer Zusammenarbeit auf hohem Niveau und Intensivierung der Arbeitskreise zur Koordinierung der Zusammenarbeit aller zuständigen Behörden und Hilfsorganisationen.**
- **eine Stärkung des Ehrenamtes.**
- **eine Stärkung des Rettungsdienstes, darunter der Fahrzeugausstattung und der Personalstärke.**
- **die Verbesserung von Maßnahmen zur Reanimation, etwa durch Einsatz der Ersthelfer-App.**
- **eine Ausbildungsoffensive Ersthelfer*innen.**

Innere Sicherheit

Sicherheit und soziale Stabilität müssen zusammen gedacht werden. Sicherheit beginnt dort, wo Menschen Perspektiven haben und öffentliche Räume nicht kriminellen Strukturen überlassen werden. Sie ist ein grundlegender Pfeiler der Demokratie. Fehlt sie, gewinnen extremistische und radikale Kräfte an Einfluss.

Wir GRÜNE nehmen die Ängste und Sorgen der Menschen ernst und wirken auf Lösungen hin, die unverbrüchlich mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und dem rechtsstaatlichen Prinzip vereinbar sind. Wir stellen uns gegen jegliche Form des Extremismus sowie Panikmache und Populismus. Politik, Verwaltung und Behörden müssen die Sicherheit sowie das Sicherheitsempfinden unserer Bürger*innen im Rhein-Kreis Neuss ernst nehmen, in jeder Kommune. Faktenbasiert und lösungsorientiert.

Die drei von der Landesregierung NRW 2024 definierten Säulen Sicherheit, Migration und Prävention erachten wir GRÜNE im Rhein-Kreis Neuss als wichtige Eckpfeiler, um die Sicherheit vor Ort zu stärken. Diese drei Bereiche müssen unserer Ansicht nach konsequent zusammen geführt werden, denn rein repressive Maßnahmen bringen langfristig keine Verbesserungen. Sie behandeln nur die Symptome, nicht aber die Ursachen fehlender Sicherheit.

Kriminelle Rückzugsräume bekämpfen und interdisziplinäre Kontrollen in Zusammenarbeit mit der Kreispolizeibehörde ausbauen

Mit dem Konzept „Walk around your Hood" hat das LKA Niedersachsen bereits 2019 eine Handreichung für eine „interdisziplinäre (stadt-)räumliche Begehung zur Bewertung (un-)sicherer Räume" entwickelt. Wir GRÜNE regen an, dass die Kreispolizeibehörde diese oder ähnliche Handreichungen aufgreift und initiativ an die Kommunen des Kreises herantritt, um sich als Partnerin für solche Begehungen anzubieten.

Es braucht eine engere Zusammenarbeit von Polizei, Ordnungsamt, Schulen, Quartiersmanagement und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen. Koordinierte Kontrollen durch Polizei, Gewerbeaufsicht, Bauamt und Finanzkontrolle Schwarzarbeit sind ein wichtiges Instrument, um Verstöße konsequent zu ahnden. Gleichzeitig müssen präventive Angebote gestärkt werden, etwa durch aufsuchende Sozialarbeit, Gewaltpräventionsprogramme und bessere Unterstützung für Jugendliche, um sie aus kriminellen Strukturen herauszuhalten. Exemplarisch sind in diesem Zusammenhang die ***Interkulturellen Projekthelden*** in Neuss zu nennen, die wir GRÜNE weiterhin in ihrer wegweisenden und wichtigen Präventionsarbeit unterstützen möchten.

Das Vertrauen in die Arbeit der Polizei muss zudem wieder gestärkt werden. Das Vertrauen in die Polizei als Exekutive hat durch Meldungen über Chatgruppen, in denen rassistische Aussagen getätigt wurden, oder nachweisliche Kontakte von Polizist*innen zu extremistischen Organisationen oder Parteien gelitten. Antirassismus-Arbeit und den Aufbau eines unabhängigen Polizeibeauftragten auf Landesebene begrüßen wir GRÜNE ausdrücklich, damit das für das Sicherheitsempfinden in unserer Gesellschaft essenzielle Vertrauen in die Arbeit der Polizeibehörden in den Kommunen und im Rhein-Kreis Neuss erhalten bleibt.

Oft fehlt es nicht am Wissen über die Angsträume vor Ort, sondern an Kapazitäten und Ressourcen, um Maßnahmen konsequent umzusetzen. Durch eine bessere Abstimmung zwischen den einzelnen Behörden können Ressourcen effizienter genutzt werden. Wir GRÜNE fordern daher die Kreispolizeibehörde auf, einen runden Tisch mit Kommunen, Sozialarbeit und Ordnungsbehörden einzurichten, um gemeinsam nachhaltige Sicherheitsstrategien zu entwickeln.

Offenen Drogenkonsum zeitgemäß und menschlich eindämmen

Das subjektive Sicherheitsgefühl wird bekanntermaßen auch durch den offenen Konsum harter Drogen beeinträchtigt. Hinzu kommt die Belastung durch die Beschaffungskriminalität. Das oft gewählte Mittel, um dem entgegenzuwirken, ist eine rigide Verdrängungsstrategie. Eine solche Strategie bekämpft allerdings nur kurzfristig das Symptom und führt zu einer Verlagerung der Problematik von einem Ort an einen anderen.

Gleichzeitig verstärkt sich so Leid und Perspektivlosigkeit der suchtkranken Menschen. Neben der Suchtgrunderkrankung leiden die Menschen regelmäßig unter Sekundärerkrankungen sowie Wohnungslosigkeit aufgrund ihrer isolierten Lebenssituation.

Drogenkonsumräume verbessern zum einen die Situation der Abhängigen, bieten weitere und mehr Kontaktmöglichkeiten für die Sozialarbeitenden zur Ausstiegsberatung. So können sowohl der offene Konsum im Stadtbild gemindert und damit verbundene positive Aspekte für das subjektive Sicherheitsgefühl aller entstehen. Wir GRÜNE begrüßen ausdrücklich die mit großem Engagement und Geschick durchgeführte Einrichtung eines Kontakt-Cafés in Neuss. Wir möchten die Kommunen ermutigen, diesem Beispiel zu folgen.

Für eine ehrliche Asylpolitik

Wir GRÜNE verteidigen das Grundrecht auf Asyl. Wir bekennen uns zu völkerrechtlichen Verpflichtungen wie der Genfer Flüchtlingskonvention. Menschen, die vor Krieg und Ver-

folgung fliehen, haben ein Recht auf Schutz und auf die Beantragung auf Asyl.

Unser Ziel ist es auch, dass die Asylverfahren vor Ort zügig und fair verlaufen, um Klarheit und Planungssicherheit für Betroffene und Kommunen zu gewährleisten. Uns ist klar, dass Handlungsbedarf in der Asylpolitik besteht und manche Kommunen an der Belastungsgrenze sind. Für Kreise, Kommunen und das Land stellen Asylverfahren und die Unterbringung Schutzsuchender eine erhebliche finanzielle Belastung dar, da viele Geduldete oder Flüchtlinge Leistungsempfänger*innen sind. Dabei sind die meisten arbeitswillig, scheitern aber an Hürden wie Anerkennung von Ausbildungen oder Regulationen zur Sprachkompetenz. Das schafft Perspektivlosigkeit, Frustration und kann Radikalisierung begünstigen. Hier gilt es mit Programmen und Bürokratieabbau zur Arbeitsmarktintegration anzusetzen, um die Menschen in Arbeit und damit gleichzeitig raus aus kommunalen Unterbringungseinrichtungen in die Mitte der Gesellschaft zu holen.

Es gilt, den Spagat zu schaffen sowohl zwischen konsequenter Abschiebung von Menschen ohne Bleibeperspektive – dazu zählen auch kriminelle und nachweisliche Gefährder*innen – als auch der schnellstmöglichen Integration von Menschen mit temporärer Aufenthaltsdauer oder Bleibeperspektive in die Arbeitswelt. Hierfür muss die Ausländerbehörde des Kreises personell und materiell entsprechend ausgestattet werden. Dabei gilt es für uns GRÜNE, dass keine Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete vorgenommen werden und rechtsstaatliche Verfahren in den Herkunftsländern gefördert werden.

Wir GRÜNE wollen:

- **langfristige Sicherheit im Rhein-Kreis Neuss nicht nur durch repressive Maßnahmen, sondern vor allem mit Gewaltprävention und sozialer Stabilität erreichen durch**
  - die Stärkung von Angeboten zur Prävention und Aufklärung, wie die interkulturellen Projekthelden.
- **die Bekämpfung krimineller Rückzugs- und Angsträume durch**
  - interdisziplinäre (stadt-)räumliche Begehungen zur Bewertung unsicherer Räume, ähnlich dem Beispiel aus Niedersachsen.
  - eine engere Zusammenarbeit von Polizei, Ordnungsamt, Schulen, Quartiersmanagement und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen.
  - koordinierte Kontrollen von Polizei, Gewerbeaufsicht, Bauamt und Finanzkontrolle Schwarzarbeit.
- **den Rückgewinn des Vertrauens in die Arbeit der Polizei durch**
  - Antirassismus-Arbeit und die ausdrückliche Unterstützung des Aufbaus einer*s

unabhängigen Polizeibeauftragten auf Landesebene.

- **eine soziale Drogenpolitik, die nicht auf Verdrängung, sondern auf Lösungen setzt, durch**
  - die Förderung von Drogenkonsumräumen auf kommunaler Ebene, die auch einen Ausweg aus der Beschaffungskriminalität bedeuten und öffentliche Räume im Kreisgebiet sicherer machen.
- **mehr Planungssicherheit in einer fairen Asylpolitik durch**
  - die Erleichterung zur Arbeitsmarktintegration, um Geflüchtete mit Bleibeperspektive in Arbeit und damit gleichzeitig raus aus kommunalen Unterbringungseinrichtungen in die Mitte der Gesellschaft zu holen.
  - personelle und materielle Verbesserungen der Ausländerbehörde des Kreises, damit Asylverfahren zügiger ablaufen können.
  - keine Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
KV RHEIN-KREIS NEUSS,
SCHULSTR. 1, 41460 NEUSS
TELEFON: 0157-73681061
E-MAIL: VERBAND@GRUENE-RKN.DE

ZUHAUSE IM RHEIN-KREIS NEUSS.

KOMMUNALWAHLPROGRAMM 2025 FÜR DEN RHEIN-KREIS

MACHT FÜR DAS MORGEN.